Nr. 191 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 95

Morgenausgabe

180 Mark

Bezugspreis:
Für den Monat April 5800 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Oesterreich und Luxemburg 7800 M., für das übrige Ausland 9000 M. Postbezugspreis freibleibend. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 1200 M. Reklamezeile 6000 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 375 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 200 M. Stellengesuche das erste Wort 200 M., jedes weitere Wort 150 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 300 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292—295 Verlag: Dönhoff 2506—2507

Mittwoch, den 25. April 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Feste Summe oder Umschreibung?

London, 24. April. (WTB.) Auch die heutige Abendpresse steht im Zeichen der Erwartung eines deutschen Reparationsangebotes. Zu den Meldungen der Berliner Blätter, daß die deutsche Regierung beabsichtige, ein solches Angebot an die Unterzeichner des Versailler Vertrages zu richten, wird von unterrichteter englischer Seite erklärt, ein derartiger Schritt der deutschen Regierung werde durchaus fair sein.

•

Die Beratungen des Reichskabinetts über den Inhalt eines deutschen Angebots an die Reparationskommission als Vertretung der alliierten Mächte gehen in Anbetracht des schwierigen Fragenkomplexes nur langsam vor sich. Bisher ist sich das Kabinett noch nicht klar darüber, ob es ein Angebot unter Nennung einer festen Summe machen oder lediglich eine Zahl umschreiben soll. Wir sind der Auffassung, daß der Streit um diese Frage keineswegs die Absendung eines deutschen Angebots verzögern darf. Nachdem die Reichsregierung bereits in ihrem Vorschlag für die Pariser Konferenz die deutsche Leistungsfähigkeit nach eigener Schätzung ziffernmäßig zum Ausdruck gebracht hat, dürfte es jetzt nicht schwer sein, positiv zu erklären, daß sie bereit ist, 30 Milliarden als Reparationsleistung zu zahlen. Darüber hinaus kann sich Deutschland selbstverständlich bereitfinden, die endgültige Schätzung der deutschen Leistungsfähigkeit — die ausschließlich von Deutschland beziffert, bei Frankreich immer Zweifel erwecken wird — einem internationalen Gremium zu überlassen, wie es Lord Curzon in seiner Rede angedeutet hat. In diesem Zusammenhang muß aber darauf verwiesen werden, daß gerade dieser Punkt der Rede des englischen Außenministers Curzon noch der Klarstellung bedarf. Während Curzon zunächst darauf verwies, daß Amerika den Vorschlag seines Staatssekretärs Hughes nicht mehr aufrechterhalte und Frankreich ihn im übrigen ablehne, erklärte er an anderer Stelle, daß er die Abneigung Deutschlands gegen die Nennung einer bestimmten Summe begreifen könne, weil das, was im Januar möglich gewesen sei, es vielleicht im April nicht mehr sei; wiederum fügte er hinzu, daß ein Fortschritt dadurch erzielt werden könne, daß Deutschland irgend ein Anerbieten seiner Bereitschaft und seiner Absicht, zu zahlen, machte und seinen Wunsch dahin äußerte, die Summen durch eigens mit dieser Aufgabe betraute Autoritäten festsetzen zu lassen. Diese Widersprüche müssen klargestellt werden.

Es ist unmöglich, daß Deutschland die Festsetzung seiner Leistungsfähigkeit ohne weiteres einer Instanz überlassen kann, die von vorherein den Charakter der Parteilichkeit trägt. Nachdem Frankreich den Hughesschen Vorschlag abgelehnt hat und damit ein Kollegium neutraler Sachverständiger kaum mehr in Frage kommen kann, hätte Curzon zum mindesten sagen müssen, wie er sich das Gremium von Autoritäten zusammengesetzt denkt. Es scheint, daß er an eine Instanz gedacht hat, wie sie der letzte englische Zahlungsplan Bonar Laws vorsah. Hier war ein Tribunal aus fünf Vertretern der alliierten Länder und zwei neutralen unter Vorsitz des Reichsfinanzministers, der kein Stimmrecht haben sollte, geplant.

Die Regelung der Sicherheitsfrage in dem deutschen Angebot kann unseres Erachtens keine Schwierigkeiten machen. Die Regierung muß sich bereiterklären, alle Sicherheiten zu leisten, die mit der Aufrechterhaltung der deutschen Souveränität im Einklang stehen. Die Räumung des Ruhrgebiets muß im Zusammenhang mit der Garantiefrage, die den wichtigsten Punkt des Angebots zu bilden hat, verhandelt werden. Es ist nicht mehr als recht und billig, wenn Deutschland bei genügender Sicherheitsleistung für die Reparationsverpflichtungen die restlose Räumung der Ruhr auf schnellstem Wege fordert.

Loucheurs Reparationsideen.

Paris, 24. April. (WTB.) Im Anschluß an die letzte Rede Loucheurs am Sonnabend in der Vereinigung französischer Kaufleute und Industrieller ist es zu einer Kontroverse über die Zahlungsmodalitäten gekommen. Loucheur richtete in diesem Zusammenhang ein Schreiben an die „Journée Industrielle", in dem er u. a. erklärt, er habe niemals gesagt, daß Deutschland Anleihen aufnehmen müsse, um seine Produktion zu entwickeln. Seine Auffassung sei folgende:

1. Nachdem Deutschland zu einer finanziellen Sanierung geschritten sei, was es binnen ganz kurzer Zeit tun könne, werde es sozusagen keine innere Schuld mehr haben. Auf dem normalen Wege der Steuererhebung werde es mit Leichtigkeit einen Budgetüberschuß von mindestens 5 bis 6 Milliarden Goldmark haben, die für die Reparationen zu verwenden wären.

2. Da Deutschland kein Gold produziere, müsse es sich dieses Gold oder dessen Gegenwert durch Uebertragung von Waren nicht nur nach den alliierten Ländern, sondern nach allen Ländern der Welt verschaffen. Deutschland müsse, kurz gesagt, einen Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr erzielen, dessen Wert Frankreich gutgeschrieben werde.

3. In den ersten Jahren werde das offenbar nur in geringem Maße möglich sein. Daher müsse Deutschland auf dem internationalen Markt Geld aufnehmen und zu gleicher Zeit von seinen Staatsangehörigen die Ablieferung der in ihrem Besitz befindlichen Devisen fordern. Diese Anleihen hätten in keiner Weise den Zweck, Deutschland eine Erhöhung der Produktion zu ermöglichen, sondern ihr Ertrag solle an die Alliierten abgeliefert werden.

4. Um Deutschland im Innern wiederherzustellen, und um seine Produktion zu erhöhen, brauche Deutschland keine auswärtige Anleihe. Der Ueberschuß seiner Budgeteinnahmen über die ordentlichen Ausgaben könne ihm mit Leichtigkeit gestatten, sämtlichen im Innern erforderlichen Zahlungen gerecht zu werden. Gleichzeitig müsse Deutschland, um in jedem Jahre die Zinsen für die Tilgungsrate der auswärtigen Anleihen zu bezahlen, sich einen Ueberschuß in seiner Zahlungsbilanz gegenüber dem Auslande schaffen. Dazu werde es zu gleicher Zeit seine unnötige Einfuhr beseitigen und die Ausfuhr nach der gesamten Welt erhöhen müssen. Was es in diesem Sinne tun könne, werde gleichzeitig von seinem Zahlungswillen und von der Aufnahmefähigkeit der Weltmärkte abhängen, wobei den Bedürfnissen des Handels der Alliierten Rechnung zu tragen wäre.

Loucheur schließt, indem er unterstreicht, daß er größten Wert auf wirtschaftliche Abmachungen lege, die nach Maßgabe des Möglichen nicht nur den wirtschaftlichen Status Frankreichs und Deutschlands, sondern ganz Europas zu regeln hätten.

•

Die Ausführungen Loucheurs zeichnen sich vor allem durch ein Uebermaß von Optimismus aus, von dem wir nur wünschten, daß er sich in absehbarer Zeit rechtfertigen ließe. In der Tat ist ein ungeheurer Exportüberschuß die Voraussetzung einer jeden Reparationspolitik, das ist es aber, was gerade die Urheber des Versailler Vertrages und des Londoner Abkommens übersehen haben, als sie zunächst Deutschland seiner besten Kraftquellen beraubten und dennoch von ihm ungeheure Summen forderten. Andererseits wird der Unternehmer Loucheur diesen Exportüberschuß von Mitteln und Methoden erwarten, gegen die vielleicht die deutschen Unternehmer nichts einzuwenden hätten, um so mehr aber die deutsche und mit ihr die gesamte europäische Arbeiterschaft (beispielsweise die Verlängerung der Arbeitszeit).

Die Idee, daß in den ersten Jahren Frankreichs und Belgiens Reparationsbedürfnisse durch internationale Anleihen gedeckt werden sollten, ist durchaus richtig, und sie wurde von der internationalen Sozialdemokratie bereits zu einer Zeit empfohlen, als die bürgerlichen Staatsmänner der Entente daran noch nicht dachten (Amsterdamer Konferenz zu Ostern 1921, fünf Wochen vor dem Londoner Ultimatum). Aber die Durchführung dieser Idee setzt allerdings Ruhe in Europa und Vertrauen in die Stabilität der deutschen Verhältnisse voraus. Internationale Anleihen sind bei einer Fortdauer der französisch-belgischen Ruhrpolitik undenkbar, vielmehr würden sie erst gezeichnet werden, wenn wirkliche Friedenszustände und normale Produktionsverhältnisse durch die Räumung der wichtigsten Industriegebiete Deutschlands wieder eintreten.

Neuer Zusammenstoß im Ruhrrevier.

Katernberg, 24. April. (WTB.) Am Montag abend versammelten sich in Katernberg etwa 80 Arbeitslose und Notstandsarbeiter. Sie zogen vor das Polizeiamt und verschafften sich dort Eingang. Zunächst durchsuchten sie das Gebäude nach Waffen, fanden aber nichts vor. Dann drangen sie in die Wohnung des Polizeikommissars Schröder ein, der nicht anwesend war. Inzwischen war durch Sirenengeheul die Feuerwehr alarmiert worden. Bei ihrer Ankunft kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem der Sohn des Inhabers des Warenhauses Kämper erschossen und Kämper selbst so schwer verletzt wurde, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Von den flehenden Demonstranten wurden vier in Stoppenburg verhaftet und nach Essen gebracht.

In Essen wurde im Laufe des Tages eine Abordnung der Arbeitslosen vorstellig, die die sofortige Freilassung der Verhafteten verlangte. Sie wurde aber mit ihren Forderungen abgewiesen. Bei dem Zusammenstoß hatten auch die Demonstranten Verluste. Zwei wurden schwer und zwei leicht verletzt. Von den Schwerverletzten ist einer inzwischen gestorben.

Essen, 24. April. (WTB.) Heute nachmittag erschienen drei französische Kriminalbeamte im Verlagsgebäude der „Essener Volkszeitung", um die für den Verlag und die Redaktion verantwortlichen Beamten zur Vernehmung zu führen. In Abwesenheit des Verlegers Koenen wurden der Verlagsbeamte Paulus und der Chefredakteur Hankammer zum Handelshof gebracht. Sie sind bis zum Abend noch nicht zurückgekehrt.

Der Bürgerblock beschlußunfähig

Versammlungsschutz und Bayernkurs.

Der Reichstag war gestern Schauplatz heftiger parlamentarischer Kämpfe, in deren Mittelpunkt das sogenannte Versammlungssprengungs-Gesetz stand. Der Entwurf war von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft eingebracht und wird von den Deutschnationalen lebhaft unterstützt, während die Sozialdemokraten ihn ebenso lebhaft bekämpfen.

Der bürgerliche Initiativantrag zur Ergänzung des Strafgesetzes ist das Kind eines Kompromisses, das aus Anlaß der Verabschiedung der Gesetze zum Schutze der Republik geschlossen worden war, um einem Wunsch der Deutschen Volkspartei entgegenzukommen. Im Rechtsausschuß des Reichstags hatte er gegen die Stimmen der Sozialdemokraten folgende Fassung erhalten:

Wer nicht verbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen verhindert oder sprengt oder in unmittelbarem Zusammenhange mit solchen Versammlungen, Aufzügen oder Kundgebungen Gewalttätigkeiten begeht, wird mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe bis zu einer Million Mark erkannt werden kann, bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

Die Gründe, aus denen die Sozialdemokratische Partei diesen Entwurf ablehnt, sind in den Beratungen der ersten Lesung und im Rechtsausschuß klar zum Ausdruck gekommen. Die Sozialdemokratie schätzt die Versammlungsfreiheit selbstverständlich nicht weniger hoch ein als irgendeine andere Partei. Sie ist aber der Meinung, daß die geltenden strafgesetzlichen Bestimmungen vollauf genügen, und sie sieht, bei dem gegenwärtigen Stande der Rechtspflege, ganz besonders in Bayern, die Gefahr einer ungleichmäßigen Anwendung des geplanten neuen Gesetzes voraus. Ein Schutz gegen die planmäßige Störung von Versammlungen durch fascistische Knüppelgarden würde dann ebensowenig gegeben sein wie jetzt. Auf der anderen Seite ist die Sorge berechtigt, daß jugendliche Hitzköpfe, die sich in einer gegnerischen Versammlung etwas aufgeregt benehmen, wegen versuchter Versammlungssprengung ins Gefängnis wandern könnten. Aus diesen Gründen bekämpft die Sozialdemokratie diesen Entwurf, und auch das eifrige Zureden der bürgerlichen Parteien, der wiederholte Hinweis darauf, daß ja auch sozialdemokratische Versammlungen unter kommunistischen Störungsversuchen zu leiden hätten, konnte, so richtig er an sich ist, an ihrer Haltung nichts ändern.

Der Gesetzentwurf sollte bekanntlich schon am letzten Sonnabend die zweite Lesung im Reichstag passieren, die Sitzung flog jedoch auf, weil das Haus nicht beschlußfähig war. Die bürgerlichen Parteien tun zwar so, als ob es nichts Wichtigeres auf der Welt gäbe, als dieses mißlungene Erzeugnis ihrer gesetzgeberischen Eigenfabrikation; aber ihre Mitglieder beurteilen es offenbar ganz anders, da sie es für überflüssig halten, bei seiner Beratung auch nur zugegen zu sein.

Statt nun die Weiterberatung bis zu dem Zeitpunkt zu vertagen, an dem es ihnen möglich sein würde, das Haus aus eigener Kraft beschlußfähig zu erhalten, versteiften sich die bürgerlichen Fraktionsvorstände darauf, den Entwurf auf die Tagesordnung der gestrigen Sitzung zu bringen. Für eine ausreichende Präsenz ihrer Mitglieder hatten sie aber auch diesmal nicht gesorgt. Dafür hatten sie die Parole ausgegeben, die Sozialdemokraten reden zu lassen, selbst aber gar nichts zu sagen und einfach bei der Abstimmung das Uebergewicht der Zahl zum Ausdruck zu bringen. Mußte schon dieses einem unberechtigten Kraftgefühl entspringende Ablehnen jeder Diskussion von der Sozialdemokratie an sich als eine unangemessene Behandlungsweise empfunden werden, so erschien diese Verschwörung des Schweigens nach der großangelegten Rede unseres bayerischen Genossen Vogel erst recht als unerträglich. Wenn eine Partei vom Rang der Sozialdemokratie gegen einen Gesetzentwurf so schwerwiegende Bedenken vorträgt, wie sie in der Rede Vogels zum Ausdruck kamen, dann hat sie das Recht, zu verlangen, daß man sich mit ihr wenigstens auseinandersetzt.

Da die bürgerlichen Parteien dazu keine Anstalten trafen, eine Rückverweisung an den Ausschuß ablehnten und sich also darauf versteiften, den Entwurf noch in dieser Sitzung in zweiter Lesung durchzupeitschen, verließen die Sozialdemokraten den Saal und führten dadurch abermals die Beschlußunfähigkeit herbei. Die Sitzung mußte um 7 Uhr abends geschlossen werden, eine neue wurde auf 7 Uhr 30 Minuten anberaumt, zu dem einzigen Zweck, die Tagesordnung für heute festzustellen. Inzwischen trat der Aeltestenausschuß zusammen.

Im Aeltestenausschuß beharrten die bürgerlichen Parteien auf ihrem Entschluß, die Durchpeitschung des Entwurfs zu versuchen, und dementsprechend beschloß auch die um 7 Uhr 30 wiedereröffnete Reichstagssitzung, den Entwurf an die erste Stelle der heutigen Tagesordnung zu setzen. Da gestern nur 196 bürgerliche Abgeordnete — von 269 — anwesend waren und bis heute nachmittag 2 Uhr schwerlich die 34 Abgeordneten herbeizuholen sind, die notwendig sind, um die Beschlußfähig-

keit aus eigenen Kräften der bürgerlichen Parteien herbeizuführen, ist nicht recht einzusehen, auf welche Weise heute ein anderes Ergebnis als gestern erzielt werden könnte. Heute aber will sich der Reichstag bis zum 3. Mai vertagen.

Es wäre falsch, das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion als Obstruktion zu bezeichnen. Es besteht bei ihr nicht die Absicht, den Gang der parlamentarischen Maschine zu stören und die Mehrheit an der Ausführung ihrer Absichten zu verhindern. Dazu fehlt überdies auch die Möglichkeit, da die bürgerlichen Parteien ohne weiteres imstande sein werden, ihren Willen durchzusetzen, sobald sie nur zeigen, daß es ihnen damit wirklich ernst ist. Das haben sie aber bisher nicht gezeigt, denn sie sind weder am Sonnabend noch am gestrigen Dienstag in ausreichender Zahl zur Stelle gewesen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat es nur abgelehnt, für die schwänzenden bürgerlichen Abgeordneten die Ersatzmannschaften zu stellen, die notwendig sind, um die Beschlußfähigkeit aufrechtzuerhalten und dieses schlechte Gesetz zustandezubringen.

Es wäre ein Akt politischer Klugheit, wenn die bürgerlichen Parteien sich überzeugen ließen und auf die Verabschiedung dieses Gesetzes verzichteten. Wollen sie das nicht, so ist es nicht zuviel von ihnen verlangt, daß sie sich zur Ausführung ihrer Entschlüsse auch persönlich nach Berlin bemühen!

Eine Debatte kam gestern nach der Rede des Genossen Vogel, angesichts der schon gekennzeichneten Schweigetaktik der bürgerlichen Parteien, nur mühsam in Fluß. Zunächst hielt es der bayerische Gesandte v. Preger doch für unvermeidlich, auf die wuchtigen Anklagen Vogels mit ein paar Worten zu antworten. Er brachte es aber nicht weit hinaus über die verlegene Bemerkung, dieses Material gehöre vor den bayerischen Landtag. Im übrigen gestand er etwas verklausuliert die Machtlosigkeit der bayerischen Regierung gegen die nationalsozialistischen Reichszerstörer ein. Er redete sich damit heraus, daß er es als eine „staatspolitische Klugheit" bezeichnete, nicht in eine Bewegung einzugreifen, die vielleicht schon abflaue. Eine Rede voll Temperament und heftiger Anklage, die das Ohr des ganzen Hauses hatte, hielt Genosse Levi. Er verwies mit stärkstem Nachdruck darauf, welche Gefahren darin liegen, daß schon der Versuch einer Versammlungsstörung oder Verhinderung strafbar sei. Man dürfe ein solches Gesetz nicht machen in einer Zeit, wo ein deutsches Land, nämlich Bayern, in offener Rebellion gegen das Reich sich befinde, wo von Bayern aus der Zerfall des Reiches organisiert werde. Unser Redner richtete an den Reichsjustizminister die klare Frage, ob die bayerische Regierung noch die Anweisungen des Reichsgerichtes ausführe und wie es mit der Durchführung des Haftbefehles gegen die nationalsozialistischen Redakteure stehe. Diese Rede zwang den Reichsjustizminister zu einer Erwiderung. Er konnte aber nichts wie allgemein juristische Redensarten anwenden und mußte im übrigen, wenn auch verschleiert, zugestehen, daß er auf Drängen Bayerns den Untersuchungsrichter des Reichsgerichts beeinflußt habe. Ueber die Durchführung der Haftbefehle gegen die bayerischen Fascisten wußte er nichts zu sagen. Der bayerische Volksparteiler Leicht fühlte sich dann veranlaßt, eine an sich erfreuliche Erklärung über die Reichstreue auch der bayerischen bürgerlichen Parteien abzugeben und schroff gegen die Hitler-Banden Stellung zu nehmen. Genosse Levi stellte fest, daß der Reichsjustizminister seinen eindeutigen Fragen ausgewichen sei.

Dann folgten die schon geschilderten geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge. Die Sitzung endete formell ergebnislos. Ihr wirkliches Ergebnis war eine schwere Verurteilung des bayerischen Regierungssystems.

Der steinerne Wilhelm I. im Reichstag beschäftigte gestern wieder die Ausschmückungskommission. Er soll bekanntlich aus der Wandelhalle nach einer anderen Stelle des Hauses gebracht werden. Ein Modell des Denkmals wird versuchsweise am zweiten und dann am vierten Portal aufgestellt werden, um die Wirkung zu prüfen. Am 4. Mai will der Ausschuß den schwierigen Fall in weitere Erwägung ziehen.

Abgeblitzte Denunzianten.

Deutschnationale gegen den „Vorwärts".

Der Landesverband Berlin der deutschnationalen Partei hat, wie die „Deutsche Zeitung" mitteilt, an den Oberreichsanwalt einen Brief gerichtet, in dem er behauptet, der „Vorwärts" habe sich durch den Artikel „Die Lehren des Roßbach-Putsches" von Hermann Schützinger gegen das Gesetz zum Schutz der Republik vergangen. Darauf erfolgte dieser Bescheid:

Der Oberreichsanwalt. Leipzig, den 20. April 1923.

An die Deutschnationale Volkspartei,
Landesverband Berlin.

Auf das Schreiben vom 14. d. M. Dr. 87 IV. 23.

Der Artikel: „Lehren des Roßbach-Putsches" von Hermann Schützinger in Nr. 172 des „Vorwärts" vom 13. April d. J. enthält kein Vergehen gegen das Gesetz zum Schutz der Republik vom 21. Juli 1922, zu dessen Verfolgung ich zuständig wäre. Im übrigen habe ich die Zeitung an den Herrn Generalstaatsanwalt am Landgericht I Berlin weitergeleitet, der für die Verfolgung eines durch den Artikel etwa begangenen Vergehens gegen die allgemeinen Strafgesetze zuständig wäre. gez. Ebermayer.

Die Ueberweisung der Angelegenheit an den Berliner Staatsanwalt kann nach Lage des Falles natürlich nicht mehr als eine Formalität sein. Es bleibt also bei der guten Absicht, für die wir dem Landesverband Berlin der deutschnationalen Partei hiermit öffentlich unseren herzlichen Dank aussprechen. Man sieht einstweilen, was alles zu erwarten wäre, wenn es den Reaktionären einmal gelänge, die Justiz wieder ganz in die Hand zu bekommen!

Die Gesetzesverletzung sollte nach deutschnationaler Ansicht dadurch begangen worden sein, daß die Aufstellung eines sozialdemokratischen Selbstschutzes gegen die Hitler-Banden in Bayern für berechtigt erklärt worden war!

Vaterländische Sensationen.

In Friedrichsfelde bei Wesel wurden in der Osternacht von deutschen Eisenbahnern acht Züge mit Stahlwaren, die von den Besatzungsbehörden beschlagnahmt worden waren, in das unbesetzte Gebiet übergeführt. Es handelte sich um ein privates Unternehmen, bei dem ein gewaltsamer Konflikt von vornherein ausgeschaltet wurde. Im Verlauf des Unternehmens trat ungebeten und als unwillkommener Gast ein Haufen bewaffneter Leute in Erscheinung. Gegen diese Waffenträger, deren Eingreifen zu außenpolitischen Konflikten bedenklichster Art führen konnte, haben die preußischen Behörden pflichtgemäß eine Untersuchung angeordnet. Ein Teil der deutschnationalen und deutschvölkischen Presse schlachtet auch diese Angelegenheit für ihre Hetze gegen den Innenminister Severing aus. Sie reitet darauf seit Ostern herum. Im Interesse Deutschlands hätte es gelegen, das Unternehmen der Eisenbahner nicht an die Oeffentlichkeit gelangen zu lassen. An Ort und Stelle ist eine sachliche Klärung sehr bald erfolgt. Es wurde festgestellt, daß das Eingreifen der weißlackierten Maulhelden mit dem Privatunternehmen der Eisenbahner nichts zu tun hatte und seine Durchführung gefährdete. Auf eine Indiskretion der rechtsstehenden „Westfälischen Tageszeitung" veröffentlichten der „Westfälische Courier", die „Münsterer Zeitung" und der „Volkswille" eine gemeinsame Erklärung, in der das Vorgehen der „Westfälischen Tageszeitung" als unanständig bezeichnet und ein weiteres Eingehen auf die Angelegenheit aus vaterländischen Gründen abgelehnt wurde. Das Zentralorgan des Zentrums, die „Germania", gab von dieser Stellungnahme Kenntnis. Dieser Sachverhalt mußte also auch Blättern wie dem „Tag" bekannt sein. Sie ziehen es aber vor, unter Entstellung der Tatsachen und unter Hintansetzung jeder vaterländischen Interessen, wochenlang diese Angelegenheit in alle Welt hinauszupposaunen, lediglich um dem Innenminister Severing eins auszuwischen. Bethmann Hollweg sprach einmal von den Piraten der öffentlichen Meinung. Ihr Wirken ist um so widerlicher, je nationaler sie sich gebärden.

Die „Sturmtrupps" vor dem Landtag.

München, 24. April. (Eca.) Im bayerischen Landtag stand heute ein sozialdemokratischer Antrag auf Auflösung aller Sturmabteilungen und Stoßtrupps zu einer längeren politischen Debatte, in der zunächst der Sozialdemokrat Saenger von der drohenden Gefahr eines Bürgerkrieges sprach und die Nationalsozialisten beschuldigte, den Franzosen in die Hände zu arbeiten und der bayerischen Regierung einen Vorwurf machte, sich aller Machtmittel gegenüber den rechtsradikalen Kreisen begeben zu haben. Der Demokrat Dr. Müller-Meiningen sprach sich ebenfalls für ein gleichmäßig nach links und nach rechts gerichtetes vollständiges Verbot aller Sturmtrupps aus und beklagte den Mißbrauch des nationalen Gedankens zu parteipolitischen Zwecken. Dr. Müller sprach in diesem Zusammenhang von einer Bankrotterklärung der bayerischen Regierung, die er für die außenpolitische Folge ihrer Ohnmachtspolitik verantwortlich macht. Auch der Redner des bayerischen Bauernbundes, Engelsberger, wies darauf hin, daß die nationalsozialistische Bewegung die Gefahr eines Bürgerkrieges in gefährliche Nähe gerückt habe. Für die Bayerische Volkspartei bezeichnete Abg. Scheffer die heutigen Volksschutzeinrichtungen als Parteischutztruppen und Prätorianer-Garden. **Die nationalsozialistische Bewegung arbeite mit Methoden, die letzten Endes den revolutionären Umsturz, den Untergang und Zusammenbruch bedeuten müssen.** Im übrigen verlangte Abg. Scheffer, daß die Regierung energisch die Staatsautorität in die Wagschale wirft.

Der Redner der deutschnationalen Mittelpartei, Brostius, lehnte für seine Partei alle vorliegenden Anträge als überflüssig mit dem Hinweis ab, daß bereits im Reichstag ein Antrag auf Ergänzung des Strafgesetzbuches zur Bekämpfung des Versammlungsterrors vorliege. Im übrigen verteidigte er die „vaterländischen Verbände" in der Debatte gegen die erhobenen Angriffe.

Die Debatte konnte noch nicht zum Abschluß gebracht werden. Die Stellungnahme der Regierung wird in der morgigen Sitzung erfolgen.

Extratouren in München.

Ein bayerischer Minister für aktiven Widerstand.

Bamberg, 24. April. (TU.) Der bayerische Justizminister sprach in einer öffentlichen Versammlung der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale) über die politische Lage. Von der Reichsregierung forderte der Redner die Aufrollung der Kriegsschuldfrage. Ob wir mit dem passiven Widerstande das erreichen, was wir wollen, ist wohl noch nicht entschieden. Er sei der Ueberzeugung, daß wir einmal zum aktiven Widerstande gegen das übermütige Franzosenvolk werden schreiten müssen. Zur inneren Lage übergehend, betonte der Minister die Notwendigkeit innerer Geschlossenheit.

•

Als der sächsische Ministerpräsident kürzlich zur Frage der Ruhrpolitik Stellung nahm und Verhandlungen forderte, griff ihn die gesamte Rechtspresse aufs schärfste an, weil er gewissermaßen der Reichsregierung „ins Handwerk pfusche". Jetzt fordert der deutschnationale bayerische Minister zum aktiven Widerstand auf, er durchkreuzt also die gerade Linie, die die Reichsregierung bisher innegehalten. Wer aber glaubt, daß die Deutschnationalen auch nach München ihre Donnerkeile senden würden, befände sich auf dem Holzweg.

Polnische Hochschulbuben. Dem Rektor der Krakauer Universität, Prof. Natanson, ist von unbekannten Tätern eine Bombe unter die Schwelle seiner Haustür gelegt worden. Die Explosion erfolgte kurz vor Mitternacht, ohne daß jemand verletzt worden ist; dagegen sind in der Nachbarschaft sämtliche Fensterscheiben zersprungen. Als Täter werden nationaldemokratische Studenten vermutet, die über die ablehnende Haltung des Rektors zu dem Projekt des „numerus clausus" für Juden erbittert waren.

Haßpropaganda.

Von M. Braun.

Lieber Leser, was für ein merkwürdiges Gesicht würden Sie wohl machen, wenn Ihnen passiert wäre, was dem Berichterstatter des „Echo de Paris" widerfuhr, dem eine bedeutende politische Persönlichkeit erklärte: „Alles geht gut, aber wünschen wir doch, daß sich die Kapitulation Deutschlands nicht zu schnell vollziehe."

Sie würden entweder in angeborener deutscher Bescheidenheit selbst in Ihrer sonst unerschütterlichen Treue zu Ihrem Leibblatt wankend geworden sein, das doch von einer deutschen Kapitulation noch gar nichts geschrieben hat, — oder aber, falls die Ruhrereignisse schon einige Erziehungsarbeit an Ihnen geleistet haben, laut und schallend auflachen, wie eben nur ein „Boche" lachen kann.

Herr Leon Daudet, der kleine Sohn des großen Vaters, würde Ihnen das natürlich sehr übel nehmen, aber ich habe die Hoffnung, daß Sie durch die Politik der letzten Monate so dickfellig geworden sind, sich selbst aus der Ungnade des allmächtigen Führers der „Action française" nichts mehr zu machen — Sie Boche, Sie . . .!

Als die französischen Truppen das badische Offenburg besetzt hatten, wurden von den Franzosen Flugblätter verteilt und angeklebt, auf dem der staunende badische Michel lesen konnte: „Frankreichs Ideal bleibt trotz aller Verleumdung immer wieder die Gerechtigkeit und Billigkeit. Die Ernte der keimenden Frucht des Friedens und der Brüderlichkeit, die gesät hat, wird sich reichlicher gestalten als alle Haßgesänge derjenigen, deren einziges und mörderisches Handwerk der Krieg ist, es vermögen."

Ich glaube, lieber Leser, daß wir beide in dem Moment, wo wir das lasen, den gleichen Wunsch gehabt haben: „Wenn's sich doch so bewiese!" Und daß beide die gleiche Skepsis befällt: Rhein und Ruhr!

Indessen, wir sind gerecht oder möchten es gerne sein: Es gibt in Deutschland Leute, die behaupten, daß neben den Leichen der beiden Franzosen in Buer deutsche Waffen und deutsche Munition gefunden wurden, ebenso wie es in Frankreich nicht völlig an Leuten fehlt, die die Möglichkeit der Erschießung durch eigene Leute einräumen. Also ist das Gebotene eine neutrale oder internationale Untersuchungskommission. Was aber ist aus dem bedauerlichen Fall gemacht worden? Eine ungeheure und raffinierte Lügenpropaganda, bestimmt, zwei Völker und die Welt zu vergiften! —

•

Die „Deutsche Zeitung" — ich habe nichts dagegen, verehrte Leserin, wenn Sie bei diesem Namen zu Ihrem Riechfläschchen greifen — gibt unter dem 21. März an, Mitteilungen aus dem Ruhrgebiet erhalten zu haben, wonach die Stimmung unter den Offizieren und Mannschaften der alliierten Truppen sehr gedrückt sei. Man habe allgemein die Meinung, daß die Franzosen bei ihrer Aktion nicht durchhalten könnten . . . .

Sie lachen schon, lieber Leser, und mit Recht. Wer den französischen Volkscharakter kennt, weiß, daß er sich bei dem Ruhrunternehmen mit seiner Ehre engagiert fühlt, und daß versucht werden muß, diese Klippe geschickt zu umschiffen. Doch es ist naiv zu glauben, daß solche Erwägungen die „Deutsche Zeitung" etwas angingen.

Der französische Minister Le Trocquer stellte nach seiner Rückkehr aus dem Ruhrgebiet stark vermehrte Kohlenlieferungen in Aussicht, die er mit einigen Zahlen zu beweisen versuchte. Aber Robert de Jouvenel, der Redakteur des „Oeuvre", schreibt als Antwort darauf: „Nach Ansicht des Ministers Le Trocquer wird man in drei Jahren und 9 Monaten das Quantum Kohlen erlangen, das Deutschland vor dem 11. Januar geliefert hat."

•

Wann werden wir diesen internationalen Propaganda-Bazillus überwunden haben?

„Wie es Euch gefällt" im Lessing-Theater. Duft und Dramatik der Liebeskomödie hat der jüngste Bearbeiter, Lutz Weltmann, mit einer Empfindsamkeit herausgesogen, die eher den Honig der Zärtlichkeit spürte, als die Würze des Narrentums. So kam auch die Harlekinsweisheit Shakespeares etwas zu kurz. Es blühte desto kostbarer der süße Stil.

Der Regisseur Narnowski wollte die Komödie nur den sprechenden und tändelnden Komödianten ausliefern, die Leinewand des Prospektes kam wieder zu Ehren. Man verzichtete darauf, selbst eine Schäferhütte oder das Gestrüpp der Waldbäume plastisch aufzustellen. Was außer den Schauspielern sinnlich wirkte, war eigentlich nur die Mozartische Musikalität, die an entscheidenden Stellen ertönte.

Nun ist dieser süße Stil, dieses Gesinge der liebenden Seelen, dieses Verhallen der sehnsüchtigen Gemüter eine einzige Kantilene. Da muß der Künstler langen Atem haben. Da darf niemals die schwellende oder geschmeidige Bewegung der Glieder sichtbar werden, ohne daß nicht die Harmonie der Stimme schallt. Gewiß, Fräulein Elisabeth Bergner, die Rosalinde, beugt sich in einer großen Anmut. Es quillt ihr Lächeln aus dem Inneren, es lebt ihr Trauern, weil die Tiefe des Gemütes den Blick verdunkelt oder erhellt. Es wiegt sich in der jungen Frau eine liebliche Weiblichkeit, es strömt von ihr eine vielfältig geläuterte Keuschheit aus; aber das Hitzigere, das höher Schwingende, das Leichtere, das Geflügelte fehlt ihr eigentlich. Sie wird heiser, sobald sie den Ton schärfer anfassen möchte. Sie ist eine Schauspielerin des Gedämpften, sie darf nicht überquellen, sie darf nicht ganz ausgelassen sein, höchstens das Schelmische verät noch in ihrem Gesicht und ihrer Kehle. Aus diesen Gründen eben fehlt Fräulein Bergner die letzte Kraft, die letzte Hoheit, die letzte Ueberlegenheit. Sie ist nicht die große Sieg'rin, obwohl mancherlei Holdes ihr nachzusagen wäre. Aenne Rötgen, die Celia, wird zum ersten Male in Berlin gesehen; ein graziöses Fräulein, dem das Zwitschern und Lächeln sehr gut ansteht, eine musikalische Komödiantin, die in Fröhlichkeit wippen und tänzeln kann. Dabei entbehrt sie nicht der einschmeichelnden Klugheit. Man fühlt, daß sie mancherlei Bühnentugenden schon meistert, obwohl sie noch nicht lange auf den Brettern steht. Ernst Karchow, der erst unglücklich liebende Orlando, der hernach glühend, beredt und wunderbar gewinnend werbende Junker, Ringkämpfer und Liebhaber, hat sich noch niemals so glücklich entfaltet, wie an diesem Abend. Man freut sich, feststellen zu dürfen, daß er die Kantilene des Verses beherrscht, daß er nicht undeutlich wird, daß seine Stimme hinschmelzen kann, daß er sich rund und rüstig bewegt: ein gut anzusehender Jüngling, ein jugendlicher Liebhaber, der nicht ins Verstiegene verfällt, selbst dann nicht, wenn er in die geschraubtesten Jamben hinaufklettern muß. Max Hochdorf.

Notstandsaktion für die preußischen Volksbüchereien. Von der fortschreitenden Geldentwertung werden die Volksbüchereien ganz besonders schwer betroffen. Mußten sie schon vor dem Kriege mit einem Etat wirtschaften, der ihrer Bedeutung nicht entsprach, so sind sie jetzt kaum mehr in der Lage, ihre Arbeit fortzuführen. Es sind schon Fälle eingetreten, in denen Büchereien ihre Pforten schließen mußten. Wird aber das Volksbüchereiwesen zerstört, dann schaltet der wichtigste Faktor im freien Volksbildungswesen aus, und die freie Volksbildungsarbeit wird um die grundlegende Voraussetzung ihrer Wirksamkeit gebracht. In richtiger Erkenntnis dieser Lage haben der preußische Kultusminister und der preußische Finanzminister eine Notstandsaktion eingeleitet. Es sind 200 Millionen Mark leihweise zur Verfügung gestellt, um ein Bücherlager aufzubauen, aus dem die Büchereien ihre Einkäufe besorgen können. Es werden ihnen dabei die für Sammelbestellungen statthaften Preisermäßigungen zuteil werden, und die Bücher werden zum Teil in abwaschbaren Bibliotheksbänden geliefert werden. Die Aktion soll mit Hilfe der Beratungsstellen für das volkstümliche Büchereiwesen in den preußischen Provinzen auf Grund bekannt zu gebender Listen durchgeführt werden. Den Beratungsstellen werden alsbald Mitteilungen zugehen, auf Grund derer ihnen die Erteilung näherer Auskünfte möglich sein wird.

Der Republikanische Jugendbund „Schwarz-Rot-Gold" veranstaltet am Donnerstag, ½8 Uhr, im Lehrervereinshaus einen Vortragsabend mit dem Thema: „Der Verfall des Theaters". Referent: Hans Tasilemta.

„Pierrots Liebe", Operette in 3 Akten von Ferdinand Bauner, Musik von Helmar Kübler, erlebt am 29. April im Schauspielhaus Potsdam seine Uraufführung. Regie: Kurt Behlemann.

Wie ein Bucheinband entsteht. Ueber dieses Thema spricht Freitag, 7 Uhr, Ernst Collin in der Gutenberg-Buchhandlung im Rahmen der Ausstellung des Jakob-Krauße-Bundes. Karten durch die Gutenberg-Buchhandlung, Tauentzienstr. 5.

In der Psychologischen Gesellschaft spricht Donnerstag, 8 Uhr, Kurfürstendamm 45, Dr. Müller-Freienfels über „Erkenntniswert der Gefühle".

Kunstwanderungen durch die Berliner Museen veranstaltet die Schule Reimann einmal in der Woche, bestimmend im Kaiser-Friedrich-Museum durch Dr. Ernst Hagemann. Gasthörer zugelassen.

Für die „Freie Volksbühne" Jena wird ein Zyklus neuer Dramatik geplant, dessen Leitung dem Schriftsteller Dr. Rothermann (Berlin) und dem Schauspieler Paul Lewitt (Leipzig) übertragen ist. (Beginn 7. Mai.) Zur Aufführung gelangen: H. B. Phillipp, Das glühende Einmaleins; August Strindberg, Der Holländer (Uraufführung), Fräulein Julie; Carl Sternheim, Herr von Scheinalt; Ernst Toller, Rache des verhöhnten Liebhabers (Urauff.); Frank Wedekind, Tod und Teufel; E. K. Fischer, Irene (Urauff.); A. Brennen, Vatermord; E. Otten-Niemabisk, Requiem (Urauff.); Georg Kaiser, Flucht nach Venedig; H. J. Rehfisch, Denkalten (Urauff.). Ferner sind die Aufführung eines Dramas von Leonhard Adel, Das gelbe Zeit von Max Mohr in Aussicht genommen.

Der Reichsetat.

Sozialdemokratische Anträge.

Im Haushaltungsausschuß des Reichstages wurde am Dienstag die Beratung des 1. Nachtragsetats zu Ende geführt. Die Regierung erteilte dabei die Antwort auf die von den Sozialdemokraten gestellten Fragen nach den Kosten der Ruhrbesetzung. Die Verhandlungen werden für vertraulich erklärt.

Zum Etatgesetz beantragte die Sozialdemokratie:

„Garantien des Reiches dürfen nicht übernommen werden:

a) soweit nicht alle sonstigen Besitz- und Garantieunterlagen der Garantiesuchenden bereits voll ausgenützt worden sind,

b) soweit sie sich mittelbar oder unmittelbar auf Schutz vor Preissenkungen beziehen.

Ueber die Höhe und Art solcher etwa bereits gewährter Garantien ist einem Ausschuß des Reichstags von sieben Mitgliedern bis spätestens 1. Mai 1923, über künftig zu gewährende Garantien jeweils spätestens monatlich eingehend Rechenschaft zu geben."

Dieser Antrag wurde angenommen. Die Sozialdemokraten beantragten ferner folgende Entschließung:

„Der Ausschuß wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, daß Garantien, die auf Grund des Artikels 2 des 12. Nachtragsetats von 1922 gewährt werden, nur mit Zustimmung des siebengliedrigen Ausschusses den Betrag von 100 Milliarden überschreiten dürfen, und daß Kredite aus Reichsmitteln für produktive Unternehmungen tunlichst nur auf wertbeständiger Basis gewährt werden. Die Richtlinien für diese Kreditgewährung bedürfen der vorherigen Zustimmung des siebengliedrigen Ausschusses."

Ueber diese Entschließung soll in der Mittwochssitzung Beschluß gefaßt werden.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Der Reichstag wird nach dem gestrigen Beschluß des Aeltestenrates heute die letzte Sitzung vor der kurzen Pause in den Plenarsitzungen abhalten, die bis zum 2. Mai einschließlich gehen soll. In dieser letzten Sitzung soll ein Antrag der demokratischen Fraktion erledigt werden, wonach die Regierung das Ausland darüber schleunigst aufklären soll, in welchem Umfang das deutsche Volksvermögen durch die bisherigen Reparationsleistungen durch die Entwertung der Mark und durch die steuerlichen Eingriffe in die Substanz verringert und dadurch die Leistungsfähigkeit Deutschlands geschwächt ist. Außerdem sollen vor der Pause noch erledigt werden: der 12. Nachtragsetat für 1922, einige Anträge über Siedlungsfragen und Erwerbslosenfürsorge, ein kommunistischer Antrag auf Freigabe des Königsplatzes für Demonstrationen aus Anlaß des Maifeiertages, ein Gesetz wegen der Feier- und Gedenktage und endlich der Etat des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichswirtschaftsrates. Nach der Pause soll am 3. Mai die Interpellation wegen der Deutschvölkischen Freiheitspartei und am 4. Mai die dritte Lesung des Gesetzes über den Schutz der Versammlungen vor gewaltsamen Sprengungen auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Völkische Sorgen.

München, 24. April. (Eca.) Der „Völkische Beobachter" teilt heute mit, daß neuerdings gegen drei Nationalsozialisten vor dem Staatsgerichtshof verhandelt werden soll. Es wird ihnen zur Last gelegt, sie hätten beim Besuch des Reichspräsidenten in München auf Schlüsseln gepfiffen. Das Organ der Nationalsozialisten spricht in diesem Zusammenhange von einer Provokation und fordert eine bündige Erklärung, daß jetzt endlich Schluß gemacht werde. Das Blatt schreibt dann weiter: „Letzten Endes laufen die Verhaftungen in Bayern auf nichts anderes als auf Geiselfang hinaus. Ehrhard sitzt nun schon Monate, Roßbach ist gerade jetzt nach Leipzig gebracht worden, Eckart und Weger sollen dort eingesperrt werden — wenn man ihrer habhaft wird." — Die „München-Augsburger Abendzeitung" dementiert ausdrücklich das Gerücht, wonach zahlreiche Haftbefehle gegen völkische Führer eingelaufen seien.

Die Hitler-Spende, zu der die nationalsozialistische Partei aufgefordert hätte, hat, wie jetzt bekannt wird, mehr als 19 Millionen Mark erbracht.

Ruhr- und Rheinonfragen im Unterhaus.

London, 24. April. (WTB.) Unterhaus. Auf eine Anfrage von Ponsonby (Arbeiterpartei) an den Premierminister, ob der britische Oberkommissar und die britische Regierung zu Rate gezogen worden seien, bevor der deutsche Reichskommissar für die besetzten Gebiete ausgewiesen wurde, und wenn ja, ob irgend ein Protest erhoben worden sei, erwiderte Unterstaatssekretär Mac Neill, der deutsche Reichskommissar sei kraft der Entscheidung der alliierten Oberkommission von der Beendigung seiner Funktionen in Kenntnis gesetzt und ersucht worden, das britische (? Soll wohl heißen: besetzte. Red. d. „Vorw.".) Gebiet zu verlassen. Der britische Oberkommissar sei zugegen gewesen, er habe sich der Stimme enthalten.

Der Sekretär des Ueberseehandelsamtes Buckley erklärte auf eine Anfrage, die französischen und belgischen Behörden hätten bereits gewisse Erleichterungen für die Ausfuhr von Waren aus dem Ruhrgebiet angeboten, die entweder durch eine vor dem 14. Februar ausgegebene deutsche Ausfuhrbewilligung gedeckt oder vor dem 20. Februar zur Ausfuhr verladen worden seien, wie dies bereits in der vom Handelsamt ausgegebenen Mitteilung erklärt worden sei. Hinsichtlich des Vorschlages, daß die französische und die belgische Regierung die Bewilligungsförmlichkeiten und die Ausfuhrsteuer für alle vor der Besetzung geschlossenen Kontrakte aufheben sollen, wolle er darauf hinweisen, daß der Präsident des Handelsamtes diesen Vorschlag in der Debatte vom 12. April behandelt habe. Soviel er wisse, beabsichtige die deutsche Regierung ihre Haltung zu ändern, jedoch sei er nicht in der Lage, eine endgültige Erklärung abzugeben.

Weiter fragte Wedgwood Benn (Arbeiterpartei) den Premierminister, ob er die Dominions zu Rate gezogen habe. Schatzkanzler Baldwin erwiderte, er habe in seiner Unterhausrede vom 28. März zum Ausdruck gebracht, daß die britische Regierung in enger Fühlung mit den Regierungen der Dominions in dieser Angelegenheit sei und zu bleiben beabsichtige.

Wedgwood Benn fragte hierauf, ob die Regierung General Smuts zu Rate gezogen habe, bevor er seine Rede hielt, in der er für eine von ihrer Politik abweichende Politik eintrat. Baldwin erwiderte, seiner Ansicht nach bedeute ein Zuratezieheu und enge Fühlungnahme ziemlich dasselbe.

In der Klage des ehemaligen Großherzogs von Hessen gegen die hessische Staatsregierung wurde in der gestrigen Sitzung des Landgerichts durch Endurteil der Widerspruch des Hessischen Staates gegen die einstweilige Verfügung auf Zahlung von 30 Millionen Mark an den Großherzog kostenpflichtig abgewiesen.

Lenin. Bericht vom 23. d. Mts. Temperatur 37,4, Puls 102, Atmung 22, unverändertes Allgemeinbefinden.

Gefährlicher Machtdünkel.

Aus dem Ruhrgebiet werden uns über das Verhalten der Zechenbesitzer Tatsachen mitgeteilt, die Folgen nach sich ziehen müssen, deren Tragweite sowohl für den Abwehrkampf, wie für die weitere Entwicklung im Ruhrgebiet verhängnisvoll sein kann. Die Dinge gehen zurück auf die Zeit vor der Besetzung.

Bei Abschluß des Ueberschichtenabkommens im Spätsommer des vorigen Jahres war zwischen dem Zechenverband und den freien Gewerkschaften vereinbart worden, daß die Unternehmer eine Reihe von Steigern wieder einstellen sollen, wenn ein Schiedsgericht in diesem Sinne entscheidet. Es handelte sich dabei um Grubenbeamte, die infolge von Differenzen mit ihrer Werkleitung ohne Stellung waren und nirgends wieder Stellung erhalten konnten. Das Schiedsgericht entschied, daß zwölf Steiger wieder eingestellt werden sollen. Diese Steiger sind bis heute noch nicht eingestellt. Die Grubenbeamten, wie die Bergarbeiter auch außerhalb des Ruhrgebietes empfinden dies als einen Treubruch. Aehnliche Fälle von Maßregelungen kommen auch jetzt noch während der Besetzung vor und müssen natürlich böses Blut erzeugen. Die Regierung hätte die Pflicht, die Unternehmer darauf aufmerksam zu machen, daß eine derartige Sabotierung des Abwehrkampfes nicht geduldet werden kann.

Das Reichsknappschaftsgesetz. Der Reichstagsausschuß für Sozialpolitik setzte die erste Lesung des Reichsknappschaftsgesetzes fort. Es ist damit zu rechnen, daß der Ausschuß im Verlauf der nächsten Tage die Beratung des Gesetzes in erster Lesung zum Abschluß bringt.

Severing und die Reichsregierung.

Im weiteren Verlauf seiner Rede im Landtag führte Genosse

Heilmann

noch aus: Herr Leidig meinte, die neuen Beamten müßten doppelt und dreifach auf ihren Ruf sehen und alles vermeiden, was gegen sie ausgenützt und ausgespielt werden könnte. Das ist richtig. Aber wir dürfen doch nicht vergessen, daß alle diese Schauergeschichten über republikanische Beamte aus der Verwaltung sich nur im Osten ereignen, nur in dem Herrschaftsbereich der Reaktion. Ich war vor 14 Tagen in Pommern und ich lud da einen Beamten zu mir ins Hotel ein, einige Fragen zu besprechen. Der betreffende Herr lehnte ab mit der Begründung, wenn ich heute ins Hotel gehe, **dann heißt es vier Wochen lang, ich sei betrunken aus dem Hotel herausgekommen.** Es ist schon am besten, ich gehe gar nicht aus meinem Haus heraus, soweit das nicht der Dienst erfordert. (Hört, hört! links.)

Herr Baecker hat dann wieder einmal das Lob der rechtsgerichteten Militärs gesungen, die angeblich im Januar 1919 Berlin gerettet haben. Nun, über diese Frage hat ja ein Untersuchungsausschuß getagt und dieser hat festgestellt, daß das größte Verdienst im Kampf der Januarunruhen dem Feldwebelleutnant Schulze und dem Stadtkommandanten Anton Fischer zukommt. Das Regiment der „Maikäfer" und das Regiment „Reichstag" haben die Hauptarbeit geschafft, während das Regiment „Potsdam" nur Hilfe geleistet und diese seine Hilfe durch verschiedene Mordtaten verdunkelt hat. Es ist Zeit, daß

die alte faule Legende der Deutschnationalen

über die „Retter von Berlin" in den Reihen der Rechten zerstört wird. (Verlegenes Schweigen auf den Bänken der Rechten.)

Herr Baecker hat ferner mit großem Nachdruck hervorgehoben, daß seine Partei in nationalen Fragen absolut zuverlässig sei. Nun, in der Nähe der Deutschnationalen stehen doch gewiß Haus- und Grundbesitzerverbände, die sich gestern mit einer Eingabe an den Landtag gewandt haben, in der sie die Stirn haben zu erklären, das deutsche Volk habe eigentlich kein Recht, sich über den Versailler Vertrag zu beschweren, da es ja die Hausbesitzer, also die eigenen Volksgenossen, zu Sklaven herabwürdige. (!) Diese Tonart scheint hier das Gegenteil ernster nationaler Gesinnung zu sein. Das einzige, was die Ruhrfront bedrohen kann, ist der

zügellose wirtschaftliche Eigennutz,

der sich in der neuesten Dollarspekulation wieder so herrlich geoffenbart hat. Gegen die hier drohende furchtbare Wirtschaftsgefahr muß die Regierung mit den schärfsten Mitteln vorgehen. Sie muß auch gegen Herrn Stinnes und seinen Konzern vorgehen, auch dann, wenn auch nur für eine Goldmark mehr Devisen gekauft wurden, als unbedingt notwendig war zur Begleichung der fälligen Zahlungen. Wir haben schon manche Untersuchungsausschüsse gehabt, es wäre Zeit, wenn einmal für diese Vorgänge ein Untersuchungsausschuß eingesetzt würde. (Beifall links.)

Trotz aller Schwierigkeiten ist es Severing und seinem Ministerium gelungen, uns im letzten Jahre größere Unruhen zu ersparen. Hoffen wir, daß es ihm weiter gelingt, Blutvergießen unter den Volksgenossen zu verhindern. Wenn die Deutsche Volkspartei, wie das im Provinzialausschuß von Hannover geschehen, einen untadeligen Mann, wie den Ministerialrat Krüger, als Regierungspräsidenten von Lüneburg grundsätzlich ablehnt, weil er Sozialdemokrat ist, so betätigt sie damit nicht ihre Koalitionstreue. Wir mißbilligen alle Selbstschutzorganisationen, die sich Polizeigewalt anmaßen oder sich bewaffnen. Das arbeitende Volk braucht solche Organisationen nicht. Wir wollen keine proletarischen Hundertschaften, weil wir in den Gewerkschaften und in der Parteiorganisation

proletarische Hunderttausendschaften haben,

die in strammer Disziplin jederzeit bereit sind, die Republik zu schützen. Wenn der Minister Severing die Arbeiter ermahnt, alle Kräfte zusammenzufassen, so unterschreiben wir das. Wir sind gerüstet zum Schutze der Republik, aber nicht durch Selbstschutzorganisationen, sondern **durch die Organisation der Arbeiterschaft, die sich die Republik nie und nimmer rauben lassen wird.** (Beifall bei den Soz.)

Abg. **von Kardorff** (D. Vp.) wendet sich dann nochmals gegen den Abgeordneten Baecker und betont, daß seine Partei gegen das Mißtrauensvotum stimmen werde. Der Sturm gegen die Koalition sei abgeschlagen. Die Aussprache habe sicherlich zu einer starken Beruhigung im Lande geführt und werde letzten Endes segensreich wirken.

Nach dem Kommunisten **Killan** nimmt dann nochmals der Abg. **Wallraf** (Dnat.) das Wort. Er erklärt: Der Zusammenhang zwischen Preußen und dem Reich ist nicht mehr vorhanden. Minister Severing steht auf einem sehr verantwortungsvollen Posten, er ist die rechte Hand der Reichsleitung, um alle Verwaltungsmaßnahmen in Kraft zu setzen. Die Richtlinien Severings stehen aber mit der Reichsregierung nicht im Einklang. Wenn der Minister sich auf die Zustimmung des Reichsinnenministers Oeser zu dem Verbot der Freiheitspartei beruft, so ist damit noch nicht das Reichskabinett befragt. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.) Wenn der Minister sagt, er habe das preußische Kabinett nicht befragen können, weil am Mittwoch keine Zeit war, dann hatte die Auflösung doch wohl noch bis Donnerstag Zeit. (Sehr wahr! rechts.) Die einst geäußerten Worte des Ministers, er fühle sich als Staatsminister, nicht als Parteiminister, haben wir geglaubt. Den Glauben haben wir verloren.

Minister des Innern Severing:

Der Herr Abgeordnete Wallraf hat sich in seinen Ausführungen bemüht, Meinungsverschiedenheiten zwischen mir und dem Reichskabinett darzulegen. Ich habe aufmerksam seinen Worten gelauscht, habe aber nicht gefunden, daß er diese ganz allgemeine Behauptung irgendwie mit einer Tatsache belegt hat. Ich habe mich allerdings am 23. März in meiner Rede gegen die Auffassung gewandt, als ob ein Appell an den Herrn Reichskanzler oder an die Reichsregierung meine Stellung hier im Landtage erschüttern könnte. Aber wie war es? Hatten nicht diejenigen Kreise, diejenigen Herren mir die Veranlassung zu dieser Abwehr gegeben, die Sie (nach rechts) heute so rührend in Schutz nehmen? Ich habe diese entsprechende Bemerkung gemacht im Anschluß an die Bekanntgabe eines Telegramms des Geschäftsführers der Deutschvölkischen Freiheitspartei, Herrn v. Weberstedt, in dem alle Ortsgruppen der Deutschvölkischen Freiheitspartei aufgefordert wurden, an den Reichskanzler zu telegraphieren, mich meines Amtes zu entheben. Da war es notwendig, die Oeffentlichkeit aufzuklären, daß eine derartige Befugnis verfassungsmäßig die Reichsregierung gegenüber einem preußischen Minister des Innern nicht besitzt. Nun sagt der Abgeordnete Wallraf in seinen letzten Ausführungen, daß es besser sei, wenn ein Mann politisch sterbe, als wenn das deutsche Volk politisch zugrundegehe. Die Erörterungen in diesem Hohen Hause drehten sich in diesen Tagen besonders um die Frage, wie wir

die Ruhrfront fester und den Abwehrkampf erfolgreicher gestalten

könnten. Wenn ich mich recht entsinne, hat auch Herr Abgeordneter Wallraf seine eben beendete Rede mit diesem Ausblick eingeleitet. Nun glaube ich, daß die Frage, ob mein Wirken im Interesse Deutschlands liegt, betrachtet vom Standpunkt der Ruhrkämpfer, am zuständigsten nicht von uns hier in den parlamentarisch leidenschaftlich beeinflußten Erörterungen, sondern von den Ruhrkämpfern selbst beantwortet werden kann. Da ist mir um das Urteil der Ruhrkämpfer nicht bange. (Sehr richtig!) Wenn im Ruhrgebiet heute eine Abstimmung darüber erfolgen könnte, ob die politische Auffassung, die ich vertrete und in meiner Amtsführung betätige, oder die Auffassung, die durch die Rede des Herrn Abgeordneten Schlange und des Herrn Abgeordneten Baecker zum Ausdruck gekommen ist, eher geeignet sei, uns zum Erfolge zu führen, dann werden sich neun Zehntel der Ruhrkämpfer für meine Auffassung entscheiden. (Sehr richtig! bei der Dt. Vpt., in der Mitte und bei den Soz., ebenso bei den Dnatl.). Nicht weil ich am Amte klebe, sondern weil das meine politische Auffassung ist, bleibe ich auf meinem Posten, so lange ich das Vertrauen des Landtages habe.

Nun die Diskrepanz. Ich habe gestern in meinen Ausführungen gesagt, daß ich mich über das Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei **vorher mit meinem Kollegen Oeser als dem zuständigen Reichsminister des Innern verständigt** habe. Ich habe in den bisherigen Debatten das enge Einvernehmen der Staatsregierung mit der Reichsregierung nicht hervorgehoben und niemanden im preußischen Kabinett, weder den Herrn Ministerpräsidenten, noch einen andern Kollegen, an meine Seite gezogen. Ich brauche keine Sekundanten. Wenn ich aber jetzt durch die Ausführungen des Abgeordneten Wallraf provoziert werde und wenn, wie ich Grund habe anzunehmen, diese Ausführungen des Herrn Abgeordneten Wallraf zu einer neuen Legende ausgemünzt werden sollen, dann möchte ich sagen:

Ich habe unmittelbar nach dem Amtsantritt des Herrn Reichskanzlers Cuno den Herrn Reichskanzler von dem ganzen Fragenkomplex unterrichtet, der uns in den letzten Tagen hier beschäftigt hat, und ich habe den Herrn Reichskanzler gebeten, in einer Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Kabinett diese Fragen zu besprechen. (Hört, hört!)

Wenn es zu dieser Aussprache nicht gekommen ist, dann stelle ich vor dem Lande fest, daß das nicht meine Schuld war. (Sehr richtig! bei den Soz. — Zuruf bei der Dt. Vp.) Nein, sie ist noch nicht gewesen, Herr Kollege Leidig. (Hört! hört! bei den Komm.) Daß die Sitzung nicht stattgefunden hat, ist kein großes Unglück. Ich führe das lediglich an, um der Lüge den Kopf zu zertreten, als ob ich eigenmächtig vorgegangen wäre. Wäre es zu einer gemeinsamen Sitzung gekommen, so hätte vollständige Uebereinstimmung zwischen der Auffassung des Reichskabinetts und der des preußischen Kabinetts über meine Amtsführung bestanden.

Was ist denn geschehen? Der Herr Abg. v. Kardorff hat ganz richtig festgestellt, daß ich in meiner Rede vom 23. März ausführte, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei aufgelöst sei. Herr v. d. Osten hat das hingenommen und nichts dagegen gesagt. Ueber Nacht erst ist der Deutschnationalen Volkspartei oder einigen der Herren der Gedanke gekommen, daß das ein famoser Anlaß sei, jetzt die Hetze gegen den preußischen Innenminister ganz energisch zu betreiben. (Sehr richtig!) Was besteht denn für ein Unterschied zwischen der Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei und der Auflösung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, der Großdeutschen Arbeiterpartei, die vorher erfolgt war, ohne daß Sie (nach rechts) ein Wort dazu gesagt haben? Sie sagen: Das ist eine Partei. Sie kennen doch die Naturgeschichte der Partei. Sie wissen doch, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei

lediglich ein Schutzschild für diese verbotenen Vereinigungen

war. Es lag gar keine neue Situation vor. So wenig ich daran gedacht habe, die Auflösung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei mit meinen Kollegen zu besprechen, weil das eine ganz selbstverständliche Angelegenheit war, die mir auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik übertragen war, so wenig habe ich es für absolut erforderlich gehalten, auch diese Einzelmaßnahme zu besprechen. Aber den Anlauf dazu habe ich genommen. Das habe ich wiederholt von der Tribüne des Landtages bekanntgegeben.

Ich habe die Auffassung, daß es heute mehr denn je darauf ankommt, unbeirrt von Tagesstimmungen die Politik des Reichskabinetts und des preußischen Kabinetts durchzuführen, die uns an Rhein und Ruhr zum Erfolg führen kann. Ich bin überzeugt, daß die Zukunft mir recht geben wird. Ich erinnere mich an das Wort eines großen Dichters, der meinte, daß diejenigen recht haben, die

im Bunde mit der Zukunft

sind. (Lebhafter Beifall bei den Soz.).

Mit der Rede des Ministers schließt die Aussprache. Das Ministergehalt wird gegen die Deutschnationalen und Kommunisten bewilligt. In der Einzelbesprechung beschwert sich der Deutschnationale Dr. Dreyer über eine etwas lange Verzögerung der Antwort auf eine Anfrage. Der deutschnationale Redner geht dabei gegen den Minister in Ausdrücken vor, die von der Linken mit Entrüstung und Pfuirufen aufgenommen werden. Der Fonds von 4 Millionen Mark zur Bekämpfung des Verbrechertums wird auf 40 Millionen erhöht. Damit ist der Haushalt des Ministeriums des Innern, mit Ausnahme der Ausgabetitel Schutzpolizei und staatlichen Polizeiverwaltung, erledigt.

Der Haushalt des Staatsrats wird angenommen. Der Antrag, den Staatsrat wieder zusammen mit dem Innenministerium zu etatisieren, wird im Hammelsprung mit 122 Stimmen der Linken gegen 118 Stimmen der Rechten und eines Teils der Mitte bei 11 Stimmenthaltungen angenommen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Die namentliche Abstimmung über das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen wird erst nach der Pause des Landtags zur Abstimmung kommen, da nach der Verfassung eine Abstimmung erst frühestens am zweiten Tage nach der Besprechung zulässig ist.

Das Haus vertagt sich dann auf den 3. Mai, nachmittags 1 Uhr. Schluß gegen 4 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Der Fehlschlag der Preissenkung.

Die Reichsregierung hat mit unzureichenden Mitteln versucht, die von den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und der Sozialdemokratie seit Jahr und Tag geforderte Markstabilisierung durchzuführen. Sie versuchte diese Stabilisierung nach dem bekannten Rezept, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen.

Keine durchgreifende Maßnahme gegen die Spekulation und die Hamsterung von Devisen. Keine Maßnahme gegen die Wucherpreise der Schwerindustrie und des Zwischenhandels. Dagegen Anweisung an die Schlichtungsausschüsse und Demobilmachungskommissare, keinen allgemeinen Lohnerhöhungen zuzustimmen. Bei der infolge der scharfen Geldentwertung ungeheuren Distanz zwischen Preisen und Löhnen bedeutete die Maßnahme der Regierung eine Markstabilisierung auf Kosten der Arbeiter und Angestellten.

Die Preise können nur gesenkt werden, wenn die Löhne nicht weiter steigen, sagte die Reichsregierung. Wie steht es nun mit der Preissenkung? Nach der Großhandelsziffer des Statistischen Reichsamts sind die Großhandelspreise im Durchschnitt des Monats März gegenüber Februar um 12,5 Proz. zurückgegangen, der Dollarkurs jedoch um 24 Proz. Während die Einfuhrwaren aber um 22,5 Proz. sanken, gingen die im Inlande erzeugten Waren nur um 8,9 Proz. zurück. Am geringsten war der Rückgang bei den im Inland erzeugten Industrierohstoffen; er betrug nur 2,3 Proz. Was hat die Reichsregierung getan, um gegen diesen Syndikatswucher vorzugehen?

Trotz der Herabsetzung der Kohlensteuer ist eine Preissenkung, wie sie der Rückgang des Dollarkurses und die Verbilligung der Kohlen nach sich ziehen müßte, nicht eingetreten. Im Gegenteil, die Preise begannen auch vor dem Einbruch der Spekulation in die „stabilisierte" Mark wieder zu klettern. Vom 24. März zum 5. April stiegen die Lebensmittelpreise um 8,4 Proz. Waren es etwa die Löhne, die diese skandalöse Preistreiberei verursacht haben? Seitdem sind die Preise weitergeklettert, bevor noch die Mark durch die vereinigte Anstrengung der Spekulanten im Handel und in der Industrie wieder ins Rutschen kam. Die Regierung aber sah tatenlos zu und förderte diese Ausplünderung des Volkes noch durch die angekündigte Aufhebung des Umlageverfahrens in der Getreidewirtschaft.

Und wie sieht es mit der angekündigten Preissenkung im Einzelhandel aus? Der Einzelhandel versteht es ausgezeichnet, sich dem Dollarkurs anzupassen, wenn er nach oben geht. Bei der umgekehrten Bewegung hat man es mit dem „Wiederbeschaffungspreis" nicht so eilig. Statt der angekündigten Preissenkung trat auch im März eine weitere Steigerung der Lebenshaltungskosten um 8 Proz. ein. Die Preissenkungsaktion der Regierung ist also ein glattes Fiasko.

Dieser Ausgang war unvermeidlich, weil die Regierung, statt mit den ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln einen entsprechenden Druck auf die Kartelle und Syndikate auszuüben, sich darauf beschränkte, an die „innere Umstellung" der Kapitalisten zu appellieren. Die Löhne und Gehälter aber suchte man auf einem unmöglichen, unerträglichen, volkswirtschaftlich in jeder Beziehung verderblichen Hungerniveau zu stabilisieren. Das unvermeidliche Resultat ist eine Verschärfung der Wirtschaftskrise, ein erschreckender Rückgang des Beschäftigungsgrades. Welche Maßnahmen hat die Regierung unternommen, um die Vergebung von Arbeiten des Reiches, der Länder und Gemeinden zu organisieren? In dieser Beziehung ist bisher gar nichts geschehen.

Nachdem die Regierung bei der Anpassung der Preise an die Löhne versagt hat, werden die Gewerkschaften, unbeschadet ihrer mit Nachdruck vertretenen Forderung auf durchgreifende Maßnahmen gegen den Preiswucher der Syndikate und Kartelle, die Anpassung der Löhne an die Preise durchsetzen. Die Arbeiterschaft aber wird gut tun, jetzt wie ein Mann zusammenzustehen und taub zu sein gegenüber kommunistischen Quertreibereien, die schließlich nur den Unternehmern nützen.

Lohnbewegung der Metallarbeiter.

Gestern fanden zwischen dem Verbande Berliner Metallindustrieller und der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes Verhandlungen wegen Anpassung der Löhne an die Teuerung statt. Die Unternehmer erklärten u. a., daß die gegenwärtige wirtschaftliche und außenpolitische Lage so unübersichtlich sei, daß sie unter keinen Umständen sich auf längere Zeit festlegen könnten und daß sie demzufolge auch keine Zugeständnisse in bezug auf die Löhne machen können. Sie erklärten auch, daß sie jede Verantwortung für die Preistreiberei im Einzelhandel ablehnen und daß sie diesen Standpunkt auch der Regierung gegenüber vertreten hätten.

Nachdem die direkten Verhandlungen gescheitert sind, hat der Deutsche Metallarbeiterverband das Reichsarbeitsministerium angerufen. Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium werden voraussichtlich Ende dieser Woche stattfinden.

Die Herren Metallindustriellen haben die schlechte Gewohnheit angenommen, bei direkten Verhandlungen längst notwendig gewordene Anpassungen an die Teuerung mit allem möglichen und unmöglichen Gründen abzulehnen. Daß der Anteil der Löhne an den Fertigfabrikaten heute erheblich niedriger ist, als vor einem Jahr und weit unter dem Friedensniveau liegt, wissen die Herren selbstverständlich ganz genau. Der Hinweis auf die außenpolitische und wirtschaftliche Lage und auf die Kleinhandelspreise ist weiter nichts als eine faule Ausrede. Aber darüber wird noch zu reden sein.

Der Verkehrsbund zur Maifeier.

Die Maifeier bildete den Hauptpunkt der Tagesordnung einer überfüllten Funktionärversammlung des Deutschen Verkehrsbundes am Montagabend im Gewerkschaftshaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung forderte Genosse Fricke zu stärkerem Besuch der Betriebsräteschule auf.

Hierauf teilte Ortmann mit, daß die Fensterputzer seit acht Tagen im Streik stehen. Wo einschlägige Arbeit erforderlich sei, möge man einen Ausweis verlangen, daß die ausführende Firma bewilligt habe.

Zur Maifeierfrage übergehend betonte der Redner, daß die Organisation in Handel, Transport und Verkehr gegliedert sei und daß, soweit das Transportgewerbe in Frage komme, die Beteiligung an der Maifeier fast restlos sein werde. Das Handelsgewerbe sei etwas anders gelagert; hier, wie auch im Verkehrsgewerbe habe man mehr Schwierigkeiten zu überwinden. Aber diese Schwierigkeiten müßten überwunden werden. Es gelte in diesem Jahre nicht bloß, den 1. Mai als den Feiertag des Proletariats der ganzen Welt zu begehen, sondern insbesondere auch, den Unternehmern die Kraft und Geschlossenheit des arbeitenden Volkes zu zeigen, zu demonstrieren und zu protestieren gegen die Auswucherung, gegen die unzureichende Unterstützung der Arbeitslosen, gegen alle auf Verlängerung der Arbeitszeit gerichteten Bestrebungen der Unternehmer, für den Schutz der Arbeitskraft, für gerechte Verteilung der Steuerlasten und für Völkerfrieden und Völkerverbrüderung. Im Interesse der ganzen Arbeiterbewegung sei es dringend erforderlich, daß jeder Arbeiter am 1. Mai seinen Mann stehe. (Lebhafter Beifall.)

Die Aussprache gestaltete sich zu einer einmütigen Kundgebung für die Maifeier. Kein Redner sprach sich gegen die Feier oder für eine Beschränkung aus. Die Ausführungen Ortmanns wurden allgemein als richtig anerkannt. — In seinem Schlußwort erinnerte Ortmann an die schweren Kämpfe, die vor Jahren von der Arbeiterschaft um die Maifeier geführt und die Opfer, die damals infolge der Feier gebracht werden mußten. Die bevorstehende Demonstration werde die Proletarier der ganzen Welt einander näher bringen und ihren Willen sowie ihre Entschlossenheit bekunden, die Zukunft für sich zu gewinnen.

Die Abstimmung ergab einmütig den Beschluß auf vollständige Arbeitsruhe am 1. Mai.

Lohnkämpfe der Glaser.

Die der Baugewerkschaft angeschlossenen Glaser hielten am Montag im Gewerkschaftshaus eine stark besuchte Versammlung ab, in der von Purfürst über die Ergebnisse der bisherigen Lohnverhandlungen berichtet wurde. Der Arbeitgeberverband des Großhandels hat die von der Tarifkommission gestellte Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes der Hilfsarbeiter im Glasergewerbe um 225 M. mit der Begründung abgelehnt, die schlechte Geschäftslage erlaube keine Erhöhung. Der Höchstlohn für die Hilfsarbeiter beträgt zurzeit 1175 M. Die Arbeitgeber haben vorgeschlagen, das bestehende Abkommen zu verlängern.

Auch die Bilderglaser haben eine Erhöhung ihrer Löhne, und zwar um 20 Proz. verlangt. Der Schlichtungsausschuß hat ihnen auf den bisherigen Lohn von 1376 M. eine Zulage in Höhe von 10 Proz. zugesprochen. Wie die Arbeitgeber sich zu diesem Spruch gestellt haben, ist noch nicht bekannt.

Der Spruch des Schlichtungsausschusses für die Bauglaser, der ab 12. April einen Stundenlohn von 1725 M. vorsieht, ist von den Arbeitgebern abgelehnt worden. Die Tarifkommission hat sich sofort mit dem Demobilmachungskommissar in Verbindung gesetzt, um die Verbindlichkeit des Spruches herbeizuführen. Der Redner machte schließlich den Vorschlag, um alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen, die Entscheidung des „Demo" abzuwarten und dann in einer neuen Versammlung über die notwendigen Schritte Beschluß zu fassen.

In der folgenden Aussprache kam die Stimmung der Versammlung für eine sofortige Streikerklärung stark zum Ausdruck, nachdem mehrere Redner das Verhalten der Arbeitgeber einer scharfen Kritik unterzogen hatten. Schließlich wurde der Vorschlag angenommen, erst die Entscheidung des „Demo" abzuwarten.

Lohnbewegung in den Apotheken und der Verbandmittelbranche. Die Lohnbewegung des Deutschen Verkehrsbundes mit dem Arbeitgeber-Verband der Verbandmittelhersteller Groß-Berlins verzögerte sich, weil die Parteien sich verpflichteten, die gleichen Prozentsätze, wie sie im Chemikalien-Großhandel festgelegt werden, für sich als verbindlich anzuerkennen. Durch die ablehnende Haltung des Chemikalien-Großhandels war es erst jetzt möglich, endgültig die Löhne festzusetzen. Die Lohnzulage für den Monat März beträgt demnach 18,5 Proz., für den Monat April 27,5 Proz. — Gedruckte Tarife des neuen Lohnabkommens sind im Bureau des Deutschen Verkehrsbundes Engelufer 24/25, Zimmer 31 2 Tr., gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches zu haben.

Desgleichen ist die Lohnbewegung für die Handelshilfsarbeiter in den Berliner Apothekenbetrieben abgeschlossen. Tarife sind ebenfalls dort erhältlich.

Achtung, Metallarbeiter!

Donnerstag abend 7 Uhr in den Sophien-Sälen (großer Saal), Sophienstr. 16/17:

Fraktions-Versammlung

sämtlicher Funktionäre des DMV., soweit sie auf dem Boden der VSPD. stehen. Tagesordnung: Stellungnahme zur Generalversammlung. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist Pflicht. Mitgliedsbuch der Gewerkschaft und Partei legitimiert!

Der Fraktionsvorstand. J. A.: Fritz Thiele.

Sattler, Tapezierer und Portefeuiller!

Am Mittwoch in der Zeit von 8 bis 7 Uhr werden die Delegierten zum Verbandstag gewählt. Die Kandidaten der Amsterdamer Richtung sind die Kollegen August Blume, Richard Ehrhoff, Franz Leuck, Alwin Lillig, Wilhelm Otten und Adolf Opitz. Es ist Pflicht aller Verbandsmitglieder, die nicht wollen, daß die Kommunistische Partei die Gewerkschaften terrorisiert, ihrer Wahlpflicht zu genügen und für die Amsterdamer Richtung einzutreten.

Unterkommission Oberschöneweide. Die Delegierten der Gewerkschaftsunterkommission des 15. Verwaltungsbezirks treffen sich am 1. Mai um 9½ Uhr am Bahnhofsplatz in Niederschöneweide, um als Ordner zu fungieren. Rote Armbinde hat jeder mitzubringen.

Der Obmann: F. Bomke.

Betriebsräteschule.

Donnerstag beginnen folgende Kurse, an denen noch neue Hörer teilnehmen können:

Zentrum, Sophien-Lyzeum, Weinmeisterstr. 16—17: Die ökonomischen Lehren des Marxismus (8 Uhr); Wirtschaftspolitische Zeit- und Streitfragen (8 Uhr); Das Finanzkapital, sein Einfluß auf das Wirtschaftsleben unserer Zeit (8 Uhr).

Nordwesten, Friedrich-Werdersches Gymnasium, Bochumer Str. 8b: Einführung in die moderne Volkswirtschaft (8 Uhr, Zimmer 201).

Südosten, Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz: Einführung in den Sozialismus (8 Uhr, Zimmer 18); Praktische Fälle aus dem Arbeitsrecht (8 Uhr, Zimmer 17); Die Führung von Arbeitsstreitigkeiten vor Schlichtungsausschüssen, Gerichten und anderen Behörden (8 Uhr, Zimmer 17).

Osten, Textilfachschule, Warschauer Platz 6—8: Allgemeiner Einführungskursus (½8 Uhr, Zimmer 117).

Hörerkarten zum Preise von 500 Mark (für Kurzarbeiter zu 250 Mark, für Arbeitslose unentgeltlich) sind im Bureau der Betriebsräteschule, Engelufer 24/25, 2. Hof, 1, erhältlich. Außerdem können die Kollegen die Kurse direkt aufsuchen und den Hörerbeitrag dort an den Vertrauensmann zahlen. Nicht nur Betriebsräte, sondern alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten können die Kurse besuchen.

Freigewerkschaftliche Betriebsräteschule.

Zigaretten-Industrie. Freitag ½5 Uhr bei Schrader Sitzung sämtlicher Vertrauenspersonen der Zigaretten-Industrie. Betreffs der Klagesache gegen Garbaty möchte ich alle beteiligten Kolleginnen und Kollegen ersuchen, sich am Donnerstag 4 Uhr auf dem Bureau, Münzstr. 24, 3 Tr., zu melden.

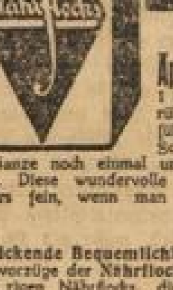
Der Kartellvorstand.

Zentralverband der Angestellten. Metallindustrie. Donnerstag abend 7 Uhr Mitgliederversammlung Sophien-Realgymnasium (Aula), Weinmeisterstr. 15.

Zentralverband der Schuhmacher. Donnerstag abend 6½ Uhr Generalversammlung im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engelufer 24—25.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Groß-Berlin. 14. Bezirk Neukölln. Donnerstag abend 7 Uhr im Karlsgarten, Neukölln, Karlsgartenstraße.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3
Hierzu 1 Beilage.



Nährflocks

REZEPT NR. 8

Äpfel - Nährflocks: Von 3 Tassen zerriebener Nährflocks, 1 Tasse Zucker, etwas Butter und ein wenig Wasser rührt man einen Teig an, den man in eine Backform füllt. Dann legt man 3 geschälte, in dünne Scheiben geschnittene Aepfel darauf, überzuckert das Ganze noch einmal und bäckt es bei mäßigem Feuer etwa 20 Minuten. Diese wundervolle süße Nachspeise schmeckt noch ganz besonders fein, wenn man sie mit Milch oder Vanillensauce serviert.

Entzückende Bequemlichkeit und erfreulichste Billigkeit sind zwei Hauptvorzüge der Nährflocks. Jede Hausfrau kann mit den goldbraunen knusprigen Nährflocks, die man tischbereit, d. h. eßfertig geröstet, dem Paket entnimmt, im Nu für beliebig viel Personen eine nahrkräftige, wohlschmeckende, leichtverdauliche und dabei wenig kostende Mahlzeit herstellen, und zwar in abwechslungsreichster Form. Man hat deshalb die Nährflocks schon „Das neue Küchenwunder" genannt. Zu haben in allen einschlägigen Geschäften. Preis ab heute 1050.— pro Paket.

Bei **Korpulenz • Fettleibigkeit** sind **Dr. Hoffbauers** ges. gesch. **Entfettungs-Tabletten** ein vollkommen unschädliches und erfolgreiches Mittel ohne Einhalten einer Diät. Keine Schilddrüse. Kein Abführmittel. Ausführliche Broschüre gratis. **Elefanten-Apotheke** BERLIN SW, Leipziger Straße 74 (Dönhof.platz)

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus 7½ Uhr: Versiegelt. Zum ersten Male: Gianni Schicchi

Schauspielhaus 7½ Uhr: Faust

Theater i. d. Königgrätzer Str. 8 U.: Kreislers Eckfenster

Komödienhaus 7½ U.: Madame Pompadour

Berliner Th. 7.30 U.: Mädi

8 U. **Residenz-Theater** Sommerspielzeit: Die Entlassung

Trianon - Th. 8 Uhr: Professor Bernhardi

8 Uhr **Kleines Theater** Das stärkere Band. Seeliv, Sandrock, Kaiser-Titz

Urania Theater 8 Uhr: Aus der Werkstatt eines Kulturfilms

Volksbühne 7½ Uhr: Weh' dem, der lügt!

Lessing - Th. Heute u. morgen 7½: Wie es Euch gefällt. Freitag 7½ Uhr: Bürger Schippel

Deut. Künstler-Th. Allabendlich 7½ U.: Der Fürst von Pappenheim

Walhalla-Th. 7.45 Uhr: Die Liebe geht um. Dora, Lichtner, Seraffin

Reichshallen-Th. Allabendl. 7½ Uhr. Sonntag nachm. 3 U. halbe Preise. Stettin. Sänger. Dönhoff-Brettl. ... 7½ U.

SCALA 8 Uhr: Internat. Varieté

Deutsch. Opernhaus Abends 7 Uhr: AIDA

Große Volksoper im Theat. d. Westens 7½: D. Zarenbraut

Intimes Theater Diplomat. Dienst. Der blaue Pyjama

Lustspielhaus 4 U.: Bobby, sag' die Wahrheit

Metropol-Theater 7½: Die Schönste der Frauen. Vorverkauf ununterbrochen.

Neues Operett.-Th. 7½ Uhr: KATJA, die Tänzerin mit Margit Suchy, Nordheim, Seelmann, Paulsen, Beckmann, Gross, Mamelok

Neues Th. am Zoo Bis 26. geschlossen. Freitag 7 Uhr: Uraufführung Der Leibkutscher d. Fridericus Rex

Neues Volkstheater 7½ U.: Emilia Galotti

Renaissance-Theat. 7½ U.: Das Konzert. Gastsp. Em. Reicher

Schiller-Th. Charl. 8 U.: Krieg im Frieden

Thalia-Theater 7½ Uhr: Ein Jahr ohne Liebe

Th. a. Nollendorfpl. 7¾ Uhr: Die schön. Rivalin. ... 7½: Königin der Straße

Wallner-Theater Operettenspielzeit. Uhr zum 1. Male: Des Königs Nachbarin von Leon Jessel

Theater des Ostens (Rose-Theater) 7½ Uhr: Kaiserplatz 3 I.

Central-Theater Tägl. 8 Uhr: Försterchristel

Der Blaue Vogel Goltzstraße 9. Nollendorf 1613. 7½ U. Allabendlich 9½ U. Gem. Programm zusammengest. aus d. I. Nummern d. 1., 2. u. 3. Programms

Casino-Theater Nur noch bis inkl. 27. April 8 U.: Zum blauen Kakadu

Metropol-Variété Behrenstr. 54. 7¾ Uhr: Das unübertreffliche April-Programm!

... Abends 7½ Uhr und Sonntag nachm. 3 Uhr: Elite-Sänger u. a. ...

Admirals-Varieté 8⁰⁰ April-Programm wie immer - erstklassig

Trabrennen Mariendorf Mittwoch, den 25. April, nachm. 2½ Uhr

Komische Oper 7½. Große Revue: Europa spricht davon! Ub. 2 0 Mitwir. Mister Jackson mit engl. Girls, Else Balzer, Bruno Kastner, Arnold Rick, Kutzner, Flink u. a. Darsteller

Wintergarten Varieté-Spielplan! Rauchen gestattet!

Schokoladen in großer Auswahl von 80 M. pro Tafel an, sowie alle anderen Artikel der Branche gibt ab **Spletter & Co.** Urbanstr. 65. Mpl. 7160. Lagerbesuch lohnend. Auf Wunsch Vertreterbesuch. Geschäftsz. v. 8-4½, Sonnabends v. 8-3.

Teilzahlung Möbel, Spiegel, Polsterwaren. Petersburgerstr 23 I

Stein der Weisen
Das Original aller Nagelpoliersteine
Ueberall erhältlich.
KOPP & JOSEPH
BERLIN W 50
Potsdamer Straße 122.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83/85. Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telephon: Amt Norden 833 bis 836 und 8592 bis 8595.

Heute, Mittwoch, 25. April, abends 5½ Uhr, in Kliems Festsälen, Hasenheide

Branchenversammlung
der Rohrleger, Helfer und Bauklempner.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig. Die Vertrauensleute tagen um 5¼ Uhr in demselben Lokal.

Auto-Reparatur-Betriebe
Donnerstag, den 26. April, abends 7 Uhr, im Lokal von Powelelt, Jostystr. 7:

Funktionärkonferenz
aller Betriebsräte u. Vertrauensleute der Auto-Reparatur-Kleinbetriebe.

Jeder Betrieb muß einen Vertreter entsenden.
147 5 **Die Ortsverwaltung.**

Ortskrankenkasse für die Gewerbe d. Tischler und Pianofortearbeiter zu Berlin

Die Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten werden hierdurch zu der am 3. Mai 1923, nachmittags 5 Uhr, im „Reichenberger Hof", Reichenberger Straße 147, stattfindenden

ordentlichen Ausschußsitzung
eingeladen.

Tagesordnung: 1. Abnahme der Jahresrechnung über das Geschäftsjahr 1922 und Bericht des Rechnungsausschusses. 2. Verschiedenes. 11/17

Fr. Meersbach. O. Guhl.

Preußische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft

Zeichnungs-Einladung
auf
1 500 000 000 Mark
mündelsichere
8% Communal-Obligationen
= unkündbar bis 1933 =
8%ige Verzinsung also mindestens bis 1933 unveränderlich feststehend

ausgegeben auf Grund von Darlehnen an große selbständige wirtschaftliche Unternehmungen — wie Elektrizitätsgesellschaften u. a. — unter selbstschuldnerischer Bürgschaft der beteiligten großen Kommunalverbände.

Stücke zu 200 000, 100 000, 50 000, 20 000 und 10 000 Mark mit Zinsscheinen jeweils 1. Januar und 1. Juli fällig.

Zeichnung zum Preise von **98%**
vom 23. April bis 2. Mai.

Näheres in den Prospekten, die bei allen Bankfirmen erhältlich sind, u. a.
in Berlin bei der Preußischen Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft
„ „ „ S. Bleichröder
„ „ „ „ Direction der Disconto-Gesellschaft
„ „ „ „ Darmstädter und Nationalbank
„ „ „ „ Deutschen Grundcredit-Bank zu Gotha, Zweign. Berlin
„ „ „ „ Dresdner Bank
„ „ „ „ Rheinisch-Westfälisch. Boden Credit-Bank, Zweign. Berlin
wo ebenso wie bei der Gesellschaft selbst Zeichnungen entgegengenommen werden

Preußische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft
136/18 Berlin NW 7, Unter den Linden 48-49

Rohhaare, Fellabfälle, Metalle, Säcke kauft Horn, Grüner Weg 24, Königstadt 6367.

132 000 Ratsuchende! Vereinigung der Rechtsfreunde: nur Friedrichstraße 127. Anerkannte Prozeßabteilung. 9—7.

Zwischen Ostern und Pfingsten.

Die fünfzig Tage, die zwischen Ostern und Pfingsten liegen, haben gewiß keine besondere Signatur und keinen besonderen Inhalt. Und doch haben sie ein besonders Reizvolles, denn diese Zeit zwischen Ostern und Pfingsten hat etwas Unruhvolles in der Natur und im Menschen. In der Natur ein großes, gewaltiges Ringen aus dem Dunkel des Winters nach neuer Sonne, neuem Segen, nach Licht und Klarheit auf allen Wegen. Nichts kann reizvoller sein, als das Beobachten gewissermaßen des Augenaufschlagens der Natur nach langem, bangem Winterschlaf, des ersten kräftigen Atemholens nach langer Winterstarre. Freilich, so viele Leute der Großstadt, die Armen und Aermsten, die in Quergebäuden und Hinterhäusern wohnen, die nur Häuser und Mauern und Dächer und qualmende Fabrikschornsteine erblicken, wissen nichts, oder ahnen nur ein wenig von der zarten Schönheit der ersten grünen Blätter, von der zierlichen Form der ersten Knospe. Dieses Unruhevolle der Natur, diese große Revolution aus der Finsternis zum Licht, aus der Freudlosigkeit zur Sonnenfreude und dem Festesglanz purpurn prunkender Sonnenuntergänge teilt sich auch dem Menschen mit. Freilich, wenn jene glücklichen Sterblichen, die von Kargheit und Dürftigkeit und ewigem Mangel nichts wissen, die Unruhe des Frühlings ins Blut schlägt, greifen sie zum Kursbuch und fahren mit dem nächsten Zug nach den Stätten, an denen der Frühling alle seine Reize am wundervollsten entfaltet. Diese fünfzig Tage beweisen, daß auch der Frühling einen scharfen Trennungsstrich zieht zwischen arm und reich. Der Arme freut sich, wenn der Frühling im Land steht, daß er weniger Kohle und weniger Licht braucht, und der Reiche nimmt die Unruhe, die ihm der Frühling ins Blut gelegt, setzt sich auf die Eisenbahn und fährt aus dem grauen, grämlichen Steinbaukasten der Großstadt der Sonne entgegen. Und so muß man zu dem Schluß kommen, daß die fünfzig Tage zwischen Ostern und Pfingsten doch nichts Besonderes haben, denn so ist es zu allen Zeiten des Jahres, daß der Reiche alles hat, was er will und wünscht, und daß der Arme immer darbt und an das Notwendigste zum Lebensunterhalt denken darf.

Die falsche Stütze.

Sie wollten „ein Ding drehen".

In Steglitz wurde vor einiger Zeit die hochbetagte Witwe Puppe das Opfer eines Raubmordversuches. Sie hatte sich um eine Stütze bemüht und eines Tages meldete sich bei ihr eine solche, die ihr Vertrauen fand.

Am Abend erbat sich die neue Hausgenossin, die sich einen falschen Namen beigelegt hatte und in Wirklichkeit Marie Seidel hieß, Urlaub, weil sie einen Schneiderkursus mitmache. In Wirklichkeit traf sie sich mit dem Drechsler Matzlat, mit dem sie sich schon vorher verständigt hatte, um bei der alten Frau „ein Ding zu drehen". Die Seidel kehrte mit dem Matzlat in die Wohnung der Greisin zurück, um das Silberzeug und die Schmucksachen zu rauben. Als Matzlat das Zimmer betrat, schreckte die Greisin aus dem Schlaf empor und schrie um Hilfe. Nunmehr bearbeitete Matzlat den Kopf der alten Frau mit einem Totschläger und brachte ihr mehrere schwere Verwundungen bei. Nach Angabe der Frau Puppe hielt der Täter sie für tot; obwohl sie bei vollem Bewußtsein war, rührte sie sich nicht, denn sie fürchtete, daß man sie sonst töten würde. Tatsächlich merkte sie auch, wie man ihr die Hand hoch hielt, als ob man sich überzeugen wolle, ob sie noch Lebenszeichen von sich gebe. Nachdem die Wohnung ausgeplündert worden war, suchten die Täter das Weite. Matzlat und die Seidel hatten sich nunmehr vor dem Schwurgericht des Landgerichts III wegen versuchten Raubmordes zu verantworten. Wegen Begünstigung war der Arbeiter Oskar Krause mitangeklagt, zu dem der Raub hingeschafft worden war. Vor Gericht bestritten die beiden Hauptangeklagten, daß sie die Absicht gehabt hätten, die Witwe zu ermorden. Es sei ihnen nur auf den Diebstahl angekommen. Nur dadurch, daß die Witwe erwachte, will sich Matzlat dazu haben hinreißen lassen, die alte Frau zu betäuben. Die Geschworenen sprachen die Angeklagten Matzlat und Seidel nur schuldig des versuchten Totschlages unter Zubilligung mildernder Umstände, während sie Krause, der in Abrede gestellt hatte, von der Tat etwas gewußt zu haben, freisprachen. Matzlat wurde zu fünf Jahren zwei Monaten Gefängnis, die Seidel zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Beiden wurden drei Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Boxer-Seppel als Botschaftsattaché.

Der Mann mit der „Dichteritis".

Boxer-Seppel, der mit seinem bürgerlichen Namen Hans Haas heißt, aber als Berufsboxer unter den Namen Seppel Huber auftritt, hatte sich wieder einmal vor Gericht zu verantworten. Diesmal war er wegen Rückfallsbetruges und Urkundenfälschung angeklagt.

Boxer-Seppel hatte im März 1921 bei einer Blumenhändlerin ein großes Blumenarrangement bestellt, das angeblich der Tänzerin Saharet zugeschickt werden sollte. Er nannte sich Atkinson, Mitglied der Interalliierten Kommission und Attaché bei der amerikanischen Botschaft. Als er bezahlen sollte, erklärte er, daß er seine Brieftasche im Botschaftsbureau liegen gelassen habe; da das Bureau aber augenblicklich geschlossen sei, brauche er Geld, um mit einem Auto nach seiner Wohnung zu fahren. Die Blumenhändlerin ließ sich auch durch diese Erzählung betören und lieh ihm noch Geld für das Auto, nachdem ihr Herr Attaché versprochen hatte, am Abend wiederzukommen und zu bezahlen. Er hatte auch über das geliehene Geld eine Quittung ausgestellt mit der Unterschrift „Atkinson, Botschaftsrat U S.." Wer sich aber nicht sehen ließ, war der Herr Botschaftsrat. Er ist erst später ermittelt worden, nachdem er wegen einer Schießaffäre ins Gefängnis gekommen war. Dem Gericht machte der Angeklagte in der Verhandlung schwere Vorwürfe, weil man ihn habe solange im Gefängnis sitzen lassen. Er habe während seiner Haft Zahnvereiterung bekommen und habe sich infolgedessen 11 Füllungen vom Zahnarzt einsetzen lassen müssen. Er fürchte, seinen Beruf als Boxer nicht weiter ausüben zu können, weil ja bei einem Schlage ins Gesicht die Füllungen herausspringen würden. Allerdings hätte er sich die Plombierung auf Staatskosten als Untersuchungsgefangener machen lassen. Charakteristisch ist, daß sich Boxer-Seppel in seinen Gesuchen und Eingaben in Gedichten und Versen an die Behörde wandte. Als ihm dies schließlich untersagt wurde, erklärte Boxer-Seppel in einem neuen Reim, daß er im Gefängnis an der „Dichteritis" erkrankt sei. Der Gerichtshof nahm jedoch auf alle diese Einwendungen keine Rücksicht, sondern verurteilte ihn wegen Diebstahls im Rückfall und Urkundenfälschung zu vier Monaten Gefängnis. Jedoch wurde die Strafe als verbüßt angesehen.

Reingefallene Briefkastenmarder.

Einen großangelegten Schwindel hat die Kriminaldienststelle unmittelbar vor der Ausführung durchkreuzt. Die beiden Hauptunternehmer, ein früherer Festangestellter Heine und ein Chemiker Donath, sowie ihre beiden Helfershelfer, zwei schon mehrfach bestrafte Männer, wurden unmittelbar vor der Ausführung ihres Planes festgenommen. Heine und Donath hatten für sich und ihre Spießgesellen Postdienstmützen und eine Sammelkasse beschafft und es darauf abgesehen, unauffällig einem Briefkasten seines Inhalts zu berauben. Sie hatten einen Kasten am Tempelhofer Ufer ausgewählt, in den gewöhnlich von Angestellten der Bahnexpedition vom Anhalter Bahnhof die Avise über zu expedierende Güter hineingetan werden. Heine erregte Verdacht und Postdirektor Uhse ließ durch die Beamten der Kriminalpostdienststelle eingehende Beobachtungen anstellen. So gelang es, die Bande zu fassen. Als sie sich daran machte, den Briefkasten zu öffnen, wurde sie festgenommen. Die Bande besaß einen Schlüssel zum Briefkasten und Donath hatte auch einen gutgearbeiteten Stempel angefertigt, mit dem die Stückgüter zur Uebernahme gestempelt werden sollten.

Der höfliche Straßenbahnschaffner.

Die Verwaltung der Berliner Straßenbahn nimmt, wie die Reichszentrale für deutsche Verkehrswerbung mitteilt, Veranlassung, ihre Angestellten nachdrücklichst auf höfliches Benehmen gegenüber den Fahrgästen hinzuweisen. So werden die Schaffner besonders daran erinnert, daß sie die Vorweisung von Zeitkarten mit höflichem Dank zu bestätigen haben. In gleicher Weise sollen sie sich den Inhabern von Freifahrkarten gegenüber verhalten, damit nicht der Anschein erweckt wird, als würden die zahlenden Fahrgäste besser behandelt, als die Inhaber von Freifahrkarten. Weiter ist vor Abfahrt vor den Haltestellen Umschau nach Fahrgästen zu halten. Ist der vordere Wagen besetzt, so soll der Beamte höflich das Publikum auf den Beiwagen verweisen. Der Schaffner des hinteren Wagens soll gewissenhaft warten, bis die vom Triebwagen abgewiesenen Fahrgäste in den Beiwagen eingestiegen sind. Um den Nachtarbeitern die volle Ausnutzung der Wochenkarte zu ermöglichen, hat sich die Straßenbahn damit einverstanden erklärt, daß für die Heimfahrt am Sonntag bis 8 Uhr morgens das am Montag freigebliebene Fahrtenfeld benutzt werden darf. Das bisher vielfach geübte Verfahren, dem Nachtarbeiter für die Fahrt zur Arbeitsstelle am Montag abend beide Fahrtenfelder für Montag zu entwerten, darf also in Zukunft nicht mehr angewendet werden. Im übrigen gelten natürlich Wochenkarten, mit Ausnahme der für die oben bezeichneten Nachtarbeiter, nicht für die Fahrt am Sonntag.

Die Löhne der Strafgefangenen.

Wir veröffentlichten kürzlich unter der Ueberschrift „Das Elend der Strafgefangenen" einen Artikel, in dem hauptsächlich über die Löhne der Strafgefangenen Klage geführt wurde. Soweit in dem Artikel Einzelfälle angeführt wurden, sind Ermittlungen eingeleitet worden; allgemein führt der Amtliche Preußische Pressedienst schon jetzt zu dem Thema folgendes aus:

„Bedürfnisse privater Unternehmer werden in den Strafanstalten nur in beschränktem Maße und nur insoweit berücksichtigt, als Arbeiten für Reichs- und Staatsbetriebe nicht zu beschaffen sind. Wenn in vereinzelten Fällen noch geringe Löhne gezahlt werden, so liegt dies daran, daß der Staat durch ältere Verträge gebunden ist. Im übrigen wird seit geraumer Zeit auf eine Annäherung an die Löhne der freien Arbeiter nachdrücklich hingewirkt; die Verträge werden nach Möglichkeit so abgeschlossen, daß sich die Löhne automatisch mit dem Lebenshaltungsindex erhöhen. Eine völlige Gleichstellung der von den Unternehmern zu zahlenden Beträge mit den Löhnen freier Arbeiter läßt sich wegen der besonderen Verhältnisse der Gefangenenarbeit, insbesondere der Unzuträglichkeiten, die diese Arbeiten mit sich bringen, nicht erzielen. — Für die dem einzelnen Gefangenen zu gewährende Arbeitsbelohnung waren bisher für das ganze Reich Höchstsätze festgesetzt. Seit dem 1. April 1923 ist die preußische Justizverwaltung hiervon abgegangen, und es wird ein bestimmter Teil des in der Anstalt aufkommenden Arbeitsverdienstes den Gefangenen als Arbeitsbelohnung zugeteilt. Dieses Verfahren hat eine beträchtliche Steigerung der Arbeitsbelohnungen zur Folge.

Zum Schutz vor dringender Not erhält jeder mittellose Gefangene bei der Entlassung einen bestimmten Betrag aus Staatsmitteln. Die Kleidung wird instand gesetzt, ohne daß es eines Antrages bedarf; nötigenfalls werden Kleidungsstücke von der Anstalt beschafft. Hierfür werden die denkbar billigsten Preise berechnet, und zwar auch nur dann, wenn der Gefangene genügend Mittel hat."

Unduldsamkeit gegen eine Tote.

Auf dem Friedhofe in Oberschöneweide sollte die Leiche einer durch Gasvergiftung freiwillig aus dem Leben geschiedenen Frau H. beigesetzt werden. Hierbei kam es zu peinlichen Szenen. Der Friedhofsbeamte ordnete an, daß die Leiche, weil sie angeblich schon stark in Verwesung übergegangen sei, nicht durch den Haupteingang getragen werde. Hätte sich denn, so muß man fragen, der Geruch im Seiteneingang weniger als im Haupteingang bemerkbar gemacht? Der wahre Grund der mit den heutigen Anschauungen in keiner Weise übereinstimmenden Anordnung war natürlich eine allzu persönliche Stellungnahme des Beamten gegen Menschen, die sich zum Freitod entschließen. Solche Zeiten, in denen der Selbstmörder ohne Sang und Klang in einer Kirchhofsecke verscharrt werden mußte, sollten doch endgültig vorbei sein. Erst auf energischen Protest der Leidtragenden zog der Friedhofsbeamte seine unduldsame Anordnung zurück.

Landeskonferenz der Mieterverbände.

Die Tagung der Vertreter der preußischen Mieterverbände, die am 21. und 22. d. M. in Berlin stattfand, kam einmütig zu dem Beschluß, innerhalb des Bundes deutscher Mietervereine (Sitz Dresden) einen Preußischen Landesverband zu gründen. Sämtliche preußischen Provinzial- und Gauverbände haben sich sofort dem Preußischen Landesverband angeschlossen. Zum ersten Vorsitzenden wurde einstimmig der Vorsitzende des Gaues Berlin, Genosse Dzienk, gewählt, der auch die Geschäftsführung des Verbandes übernommen hat. Mehrere Vorstandsämter wurden für die Vertreter der Gewerkschaften offengehalten. Die Ausführung des Reichsmietengesetzes, die namentlich im besetzten Gebiet sehr zu wünschen übrig läßt, wurde scharf kritisiert. Das aus allen Verbänden vorliegende umfangreiche Material soll sofort bearbeitet und alsdann den zuständigen Behörden unterbreitet werden. Eine Reihe anderer wichtiger Fragen gelangte gleichfalls zur Besprechung. Es herrschte völlige Einmütigkeit darüber, daß die Mieterverbände durch eine straffere Organisation ihren Einfluß auf die Behörden erheblich verstärken und in allen Fragen einmütig vorgehen müssen, zumal der Hausbesitz mit großen Mitteln und mit allen Kräften an der Durchlöcherung des Mieterschutzes und der Beseitigung der Zwangswirtschaft arbeitet. Am 23 d. M. begab sich eine größere Depu-

---

(Nachdruck verboten. Der Malik-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

94]

Von John dos Passos.

Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von Julian Gumperz.

„Erzähl mir doch davon, Kamerad. Ich fühle meine Hand nicht so, wenn ich mit jemandem spreche . . . Meine Abteilung war in Koblenz. Da habe ich Chris getroffen. Dann war ich in Straßburg, wo wir 'ne feine Zeit verlebt haben. Donnerwetter, alles in dieser Stadt richtig pittoresk, gerade so, wie mir einer zu Hause immer erzählte, dessen Eltern aus Italien gekommen waren. Da unten traf ich ein Mädchen, das mir erzählte, sie wolle da mal runter kommen, um nach ihrem Bruder zu sehen, der in der Fremdenlegion sei."

Andrews und Chrisfield lachten.

„Warum lacht ihr?" fragte Al mit eifriger und gespannter Stimme.

„Wirklich und wahrhaftig, ich werde sie heiraten, wenn ich je hier rauskomme. Sie ist das beste kleine Mädchen, das mir je begegnet ist. Sie war Kellnerin in einem Restaurant.. Ich blieb und blieb, immer länger. Jeden Tag dachte ich, werde den nächsten Tag fahren. Na, der Krieg war vorbei . . . Hat denn der Mensch überhaupt keine Rechte mehr? Dann begann die Militärpolizei Straßburg zu bearbeiten. Und da habe ich gemacht, daß ich fortkam. Und jetzt sieht es aus, als ob ich nie wieder zurück könnte."

„Sag', Andy," fiel Chrisfield plötzlich ein, „wollen 'mal 'runtergehen und einen trinken."

„Gut. Al, sollen wir dir was mit 'raufbringen?"

„Nein. Ich will still liegen und die Hand in Alkohol baden dann und wann . . . Wie dem auch sei, es ist heute der erste Mai. Verrückt, auszugehen. Man kann euch fassen. Aufstände sollen bevorstehen."

„Das habe ich ja ganz vergessen. Es ist der erste Mai heute!" rief Andrews. „Generalstreik zum Protest gegen den Krieg mit Rußland und . . ."

„Einer sagte mir," unterbrach Al mit schriller Stimme, „eine Revolution werde kommen."

„Komm mit, Andy," sagte Chrisfield von der Tür aus.

Auf der Treppe drückte Chrisfield Andrews' Arm hart. „Sag', Andy," Chrisfield legte seine Lippen nahe an Andrews' Ohr und sprach heiser flüsternd: „Du bist der einzige, der weiß — du weißt was. Du und der Sergeant. Sag' hier keinem was, damit sie mich nicht fassen können, hörst du?"

„Gut, Chris, werde kein Wort sagen. Aber Mann, nimm dich doch ein wenig zusammen. Du bist nicht der einzige, der mal einen erschossen . . ."

„Halt doch's Maul, hörst du?" murmelte Chrisfield wild.

Sie gingen die Treppe schweigend hinunter. In dem Raum neben der Bar saß der Chink in seine Zeitung vertieft.

„Ist der Franzose?" flüsterte Andrews.

„Weiß nicht, was er ist. Ist kein Weißer", sagte Chrisfield. „Aber er verrät bestimmt nichts."

„Wissen Sie, was vorgeht?" fragte Andrews auf französisch und ging an den Chink heran.

„Wo?" Der Chink stand auf, warf aus seinen Schlitzaugen einen mißtrauischen Blick zu Andrews hinüber.

„Draußen, auf den Straßen, in Paris, überall wo die Leute draußen sind und was unternehmen können. Was halten Sie von der Revolution?"

Der Chink zog die Schultern zusammen. „Es ist vieles möglich auf der Welt", murmelte er.

„Meinen Sie wirklich, daß man an einem Tage wie diesem die ganze Armee und die Regierung über den Haufen werfen kann?"

„Wer?" warf Chrisfield ein.

„Nun, das Volk, Chris, das gewöhnliche Volk, wie du und ich, das müde ist, herumkommandiert zu werden, das müde ist, niedergetreten zu werden von anderen Leuten, nicht besser und nicht mehr als man selbst, die nur das Glück hatten, an die richtige Stelle in diesem System zu kommen."

„Wissen Sie, was ich tun werde, wenn die Revolution kommt?" brach der Chink ein mit plötzlicher Intensität und schlug sich mit der einen Hand auf die Brust. „Ich werde geradeaus in einen dieser Juwelierläden in der Rue Royale gehen und meine Taschen anfüllen und nach Hause kommen mit den Händen voller Diamanten."

„Welchen Sinn soll das haben?" fragte Andrews.

„Welchen Sinn? Ich werde sie im Hof vergraben und warten. Ich werde sie am Ende doch brauchen. Wissen Sie, was das heißt, Ihre Revolution? Ein anderes System! So lange es noch ein System gibt, wird es immer Menschen geben, die man mit Diamanten kaufen kann. Das ist so auf der Welt."

„Aber die Diamanten werden ja nichts wert sein. Nur die Arbeit, die wird Wert haben."

„Wollen abwarten", sagte der Chink.

„Meinst du wirklich, Andy, daß eine Revolution kommen kann un' keine Sklaven mehr sein werden, un' wir herumlaufen können wie Zivilisten? Ich glaub's nicht. Kerle wie wir haben nicht Mumm genug, gegen das System anzugehen, Andy."

„Viele Systeme sind früher schon untergegangen. Auch dieses System wird seinem Schicksal nicht entgehen."

„Sie kämpfen gegen die Garde Républicaine dort unten vorm Ostbahnhof", sagte der Chink mit tonloser Stimme. „Was wollt Ihr hier unten? Bleibt lieber oben. Man kann nie wissen, was die Polizei unternimmt hier bei uns."

„Zwei Flaschen Weißwein, Chink", sagte Chrisfield.

„Wann wirst du blechen?"

„Gleich. Der da hat mir fünfzig Frank gegeben."

„Reich also?" sagte der Chink mit Haß in der Stimme und wandte sich zu Andrews.

Er ging hinüber zur Bar und schloß die Tür sorgsam hinter sich. Ein plötzliches Klingeln der Glocke ertönte. Laute Stimmen und stampfende Füße. Andrews und Chrisfield gingen auf Zehenspitzen in den dunklen Korridor, wo sie eine lange Zeit standen, wartend und die faulige Luft widerwillig einatmend. Schließlich kam der Chink mit drei Flaschen Weißwein wieder.

„Sie haben Recht", sagte er zu Andrews. „Auf der Avenue Magenta werden Barrikaden errichtet."

Als er Chrisfield wieder in das Zimmer folgte, sah Andrews einen Mann auf dem Fensterbrett rauchend sitzen. Er war gekleidet wie ein Secondleutnant, seine Gamaschen waren glänzend geputzt, und er rauchte eine lange, weiße Zigarettenspitze. Seine Nägel waren sorgfältig manikürt.

„Das ist Slippery, Andy", stellte Chrisfield vor. „Das ist 'n alter Kamerad von mir."

„So?"

„Du hast deine Uniform ausgezogen. Sehr dumm", sagte Slippery. „Wenn sie dich nun fassen?"

„Habe nicht die Absicht, mich fassen zu lassen", antwortete Andrews.

„Wir haben Wein", meinte Chrisfield.

Andrews ging hinüber zum Bett. Al lag dort und wand sich vor Schmerzen.

„Hallo," sagte er, „was gibt's Neues?"

„Barrikaden sollen beim Ostbahnhof gebaut werden. Kann vielleicht was werden."

(Fortsetzung folgt.)

tation, in der sich auch mehrere Vertreter des besetzten und des Einbruchsgebietes befanden, zum Reichsarbeitsministerium und zum preußischen Wohlfahrtsministerium, um die Abstellung der vielfachen Mißstände zu fordern. Beide Ministerien haben in mehreren Punkten ihre Unterstützung, in anderen eine Nachprüfung zugesagt.

Der mißhandelte Patient.

Wie die „Deutsche Zeitung" für Humanität kämpft.

Vor kurzem veröffentlichte die „Deutsche Zeitung" aus ihrem Leserkreise eine Zuschrift, in der lebhafte Klage über die Behandlungsmethoden im Lankwitzer Krankenhause geführt wurde. Es hieß dort u. a., daß der Einsender als Patient von einem jüdischen Arzt mit größter Rücksichtslosigkeit behandelt, daß ihm unmittelbar nach der Operation der Verband von der offenen Wunde abgerissen worden, und daß er schließlich als Schwerkranker aus dem Krankenhause ohne Papiere entlassen worden sei. Ferner seien ihm Schriften, die ihm ein Parteifreund gebracht habe, von einem anderen jüdischen Arzt nicht eingehändigt worden.

Wie wir hören, handelt es sich bei sämtlichen Angaben der „Deutschen Zeitung" um antisemitische Verleumdungen übelster Art. Der Beschwerdeführer war als Patient mit „ulcus molle" und einer vereiterten Lymphdrüse in das Krankenhaus aufgenommen worden. Der Schnitt, mittels dessen die Drüse geöffnet wurde, war so geringfügig, daß er keines großen Verbandes bedurfte und bei der Entlassung des Patienten durch einen kleinen Heftpflasterverband gut und sicher abgeschlossen wurde. Der Einsender wurde entlassen, weil er entgegen der ärztlichen Anordnung das Bett verlassen hatte und sich — als Angehöriger der Abteilung für Haut- und Geschlechtskrankheiten! — in dem für weibliche Kranken bestimmten, durch Schilder aber für männliche Kranken gesperrten Teil des Anstaltsgartens aufhielt. Auf Vorhalten gab der Patient an, daß er sich nicht unterordnen könne. Dieses Verhalten hatte schon einmal im vorigen Sommer aus disziplinaren Gründen seine Entlassung aus dem Krankenhause notwendig gemacht. Frei erfunden ist auch die Behauptung, daß der Verband von einem Arzt heruntergerissen worden sei; die Verbandabnahme geschah vielmehr vorschriftsmäßig durch einen Wärter in Gegenwart des Arztes, worauf dieser Arzt die kleine Wunde verband, während sich der Patient hierbei lebhaft unterhielt. — Unwahr ist ferner die Behauptung, daß ein Parteifreund des Patienten nicht vorgelassen wurde. Dieser wollte vielmehr die Krankheit des Patienten erfahren; der Stationsarzt lehnte jedoch unter Hinweis auf das ärztliche Berufsgeheimnis die Beantwortung ab und stellte anheim, sich eine schriftliche Ermächtigung von dem Kranken erteilen zu lassen, um Erkundigungen über die Art der Erkrankung anzustellen. Schriften irgendwelcher Art wurden überhaupt nicht eingereicht.

Die „Deutsche Zeitung" kann auf diesen Mitarbeiter, der als Geschlechtskranker sich durchaus bei weiblichen Kranken aufhalten will und sich nicht unterordnen kann, stolz sein. Der Vorkämpfer völkischer Sittlichkeit und christlicher Humanität, Herr Pastor Maurenbrecher, läßt in seinem Blatte Persönlichkeiten zu Worte kommen, zu denen wir die völkische Bewegung nur beglückwünschen können. Sollte der saubere Herr Einsender auf Grund einer Blutprobe unter die völkischen Mannen eingereiht worden sein oder auf Grund seiner „orientalischen" Phantasie, die ihn zu öffentlichen Verleumdungen drängt?

Warnung vor einem Schwindler. Gewarnt wird vor einem Josef Schwarz, 24 Jahre alt, 1,75 groß, in Mannheim geboren, der angibt, wegen politischer Delikte aus Bayern geflohen zu sein. Schwarz versucht bei Parteigenossen Wohnung und Verpflegung zu finden. Wo ihm das gelingt, benutzt er eine günstige Gelegenheit, um den Gastgeber zu bestehlen. So wurde erst dieser Tage ein Parteigenosse von ihm um Wäsche bestohlen.

Die beiden Konzerte des Berliner Volkschors am 24. und 30. April in der Garnisonkirche (Verdi: Requiem) sind ausverkauft. Es wird darauf hingewiesen, daß auch eine Aufführung der Requiems in derselben Besetzung vom Volksbildungsamt Kreuzberg am 27. April in der „Neuen Welt", Hasenheide, stattfindet. Zu diesem Konzert sind noch Karten beim Bezirksamt Kreuzberg, Portiär, 10 (Volksbildungsamt, Zimmer 76), bei Bote & Bock, Wertheim, in der Vorwärtsbuchhandlung, Lindenstr. 2, und an der Abendkasse zu haben.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin. Die gemeinsame Probe zum Massenchor bei der Maidemonstration findet am Sonntag, den 29. April, 9 Uhr vorm., im Saalbau Friedrichshain statt. Geübt wird: „Arbeiter-Vaterlandslied", „Gruß an den Mai", „Internationale". Die Groß-Berliner Vereine des 9. und 11. Bezirkes singen bei der Demonstration im Westen. Näheres durch die Bezirksleitungen.

Ueber Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht spricht Genosse Bleier am 26. April, abends 7 Uhr, in den Comenius-Sälen, Berlin 6, Memeler Ecke Rüdersdorfer Straße (Stadtbahnhof Warschauer Straße) in einer öffentlichen Versammlung.

Einer schweren Explosion in einer Budapester Knopffabrik fielen 19 Arbeiter zum Opfer. 11 Leichen wurden geborgen. Acht Arbeiter erlitten lebensgefährliche Brandwunden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

4. Kreis. Prenzlauer Berg. Donnerstag, den 26. April, 7 Uhr, öffentliche Elternversammlung in der Schulaula Senefelderstr. 6. Tagesordnung: „Gründung einer freien Schulgemeinde". Die Abteilungsleiter werden ersucht, in den Abteilungsversammlungen am Mittwoch auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

4. Kreis. Prenzlauer Berg. Donnerstag, den 26. d. M., 7 Uhr, Sitzung der Funktionärinnen, Arbeiterwohlfahrt- und Kinderschutzkommission bei Burg, Prenzlauer Allee 189.

14. Kreis. Neukölln. Donnerstag, den 26. April, 8 Uhr, Sitzung des Bildungsausschusses an bekannter Stelle. — Um 6 Uhr Zusammenkunft der Obleute der Ordnerschaft im Parteibureau, Reckestr. 3.

17. Kreis. Lichtenberg. Donnerstag, den 26. April, 8 Uhr, Vorstandssitzung bei Seipke, Kronprinzenstr. 47. Da die Maßnahmen zum 1. Mai besprochen werden, ist vollzähliges Erscheinen der Abteilungsleiter Pflicht.

7. Kreis. Charlottenburg. Freitag, den 27. April, 7½ Uhr, Konferenz der Abteilungsobleute der Beamtenwerbeausschüsse beim Gen. Brinitzer, Weimarer Straße 40.

11. Kreis. Schöneberg-Friedenau. Die Sitzung der erwachsenen Helfer der Jugend mit den Abteilungsleitern der Jugend findet nicht Mittwoch, sondern Montag, den 30. April, 7 Uhr pünktlich, bei König, Prinz-Georg-, Ecke Feurigstraße statt.

13. Kreis. Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade. Dienstag, den 1. Mai, abends 7½ Uhr, im Festsaal des Gymnasiums, Mariendorf, Kaiserstraße 21, Kunstabend zur Feier des 1. Mai. Eintrittskarten bei allen Bezirksfunktionären zu 500 M., an der Abendkasse 600 M.

Heute, Mittwoch, den 25. April:

36. Abt. Die Funktionäre treffen sich heute abend um 7 Uhr in der Aula.

57. Abt. Charlottenburg. Die Werbeversammlung mit dem Vortrag des Gen. Pfarrer Bleier findet nicht bei Thunack, Wielandstr. 4, sondern bei Arndt, Kantstr. 11, statt.

Jungsozialisten. Gruppe Britz. Wir bitten um Abrechnung des Volksliederabends. (Evtl. durch die Post an Otto Schubert, Britz, Hannemannstr. 1, Postscheck Nr. 31 439 Berlin NW. 7.) Am 1. Mai müssen wir sonst die Zahlung durch Nachnahme herbeiführen.

Frauenveranstaltungen am Mittwoch, den 25. April:

116. Abt. Lichtenberg. 7½ Uhr in der Bibliothek Weichselstr. 26, Vortrag der Genossin Bohm-Schuch.

Morgen, Donnerstag, den 26. April:

43. Abt. Mietervertreter und Interessenten! 7 Uhr Versammlung beim Gen. Reim, Urbanstr. 29. Ref. Gen. Ruben.

91. Abt. Neukölln. 7 Uhr im kleinen Saale des Karlsgarten Werbeversammlung für die Jugend. Die Genossen werden ersucht, mit ihren Jugendlichen zu erscheinen. Konzert, Gesang, Volkstänze usw.

192. Abt. Baumschulenweg. 7 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission bei Hoß, Baumschulenstr. 72. Hieran haben alle in der Gemeinde ehrenamtlich tätigen Mitglieder teilzunehmen. Starke Beteiligung aller interessierten Genossen erwünscht. Vortrag des Genossen Bürgermeister Leid: „Die Einheitsgemeinde Berlin".

136. Abt. Reinickendorf-Ost: 7 Uhr im Jugendheim Seebad Residenzstr. 49. Rechtsauskunft in Mietersfragen.

141. Abt. Rosenthal. 7½ Uhr im Lokal von Schmidt, Lindenallee: Sitzung der Funktionäre.

Frauenveranstaltungen am Donnerstag, den 26. April:

114. und 115. Abt. Lichtenberg. 7½ Uhr Lokal Pietsiorek, Jung-, Ecke Oberstraße, Vortrag des Genossen Brinitzer: „Die versunkene Glocke" von Gerhart Hauptmann.

117. Abt. Lichtenberg. 7½ Uhr Mittelschule Marktstraße, Vortrag.

121. Abt. Karlshorst. 7½ Uhr bei Belau, Prinz-Adalbert-, Ecke Rüdelstraße, Vortrag.

Arbeiter-Sport

Sport und Sozialismus.

Gibt es eigentlich einen wesentlichen Unterschied zwischen bürgerlichem und proletarischem Sport, wenn man einmal von der politischen Einstellung der Träger beider Bewegungen absieht? Die Frage läßt sich nur sehr bedingt bejahen. In dem System liegt wohl überhaupt kein Wesensunterschied, in den Methoden ist er nur gering. Und doch sollte eigentlich die Arbeiterklasse im Sport sowohl System als auch in der Methode eigene Wege gehen, denn es ist ein Unterschied, ob der körperlich berufstätige Mensch in den Leibesübungen einen Ausgleich gegen die einseitigen Bewegungsformen seiner Berufsarbeit sucht, oder ob der höhere Schüler, der Student, der Kaufmann und der Gelehrte einen Ausgleich gegen die einseitige Geistes- und Kopfarbeit erstrebt. Der Grund, weshalb nicht einmal der Versuch gemacht worden ist, für die Arbeitersportbewegung unabhängige Formen in System und Methoden zu finden, liegt sowohl in der kaum zu überwindenden Schwierigkeit, die der Stoff bietet, als auch in der Unmöglichkeit, im Vereinsleben zu individualisieren. Wohl kann der einzelne sich gewisse Methoden erfinden, die seinen persönlichen Bedürfnissen zusagen, aber eine systematische Ordnung der Materie in dem angedeuteten Sinne ist ganz unmöglich, solange nicht die Gesellschaft Einrichtungen auf dem Gebiete der körperlichen Erziehung schafft, wie sie auf geistigem Gebiete selbstverständlich sind.

Kann also von einer Emanzipierung des Arbeitersports vom Sport des Bürgertums auf technischem Gebiete zunächst noch nicht die Rede sein, so sollten aber doch die Arbeitersportvereine mehr als bisher versuchen, sich ein eigenes Gesicht zu geben. Die geistige, kulturelle Einstellung der Arbeitersportbewegung läßt leider auch sehr viel zu wünschen übrig; man geht auch da in den traditionellen Bahnen des Bürgertums. So bleibt eigentlich nur ein Wesensunterschied in der politischen Einstellung. So wertvoll das sein mag, es ist nicht genug, um die Bewegung historisch zu rechtfertigen, es genügt allein dazu noch nicht. Man ist auch noch nicht sportlicher Sozialist, wenn man ein sozialistischer Sportler ist. Sportsozialist wird man erst, wenn man die Bewegung ganz in den Dienst der Gesellschaft der Klasse stellt und sie bewußt in Form und Inhalt in diesem Sinne zu gestalten sucht. An gutem Willen dazu fehlt es gewiß nicht, aber wirkliche Erfolge hat man bisher nicht feststellen können. Vielleicht liegt das an der Teilnahmslosigkeit der sozialistischen Intellektuellen. Das Gebiet der körperlichen Erziehung ist bisher von der sozialistischen Wissenschaft ganz unbeachtet geblieben, die Arbeiter in den Vereinen waren ganz auf sich selbst angewiesen. Was sie ganz aus eigener Kraft auf diesem Gebiete geleistet haben, verdient gewiß höchste Anerkennung, das Ziel ist aber noch lange nicht erreicht. X.

* * *

Man schreibt uns: In der Nr. 15 des „Rasensport", amtliches Organ des VBB., schildert Herr Otto Collosser seine Reiseeindrücke mit der bürgerlichen Viktoriamannschaft in Dänemark. Darin heißt es u. a.: „Als besonders auffallend für uns Deutsche ist es, daß auch die sozialdemokratische Presse keine Ausnahme macht. Dort bekreuzigt man sich nicht wie unsere Sozialdemokraten vor dem sündhaft bürgerlichen Sport. Es scheint dort kein Sozialist zu sterben, wenn sein Leiborgan den „allgemeinen" Sportgedanken fördert, sagen wir, das Konterfei eines Deutschnationalen (als Sportsmann) in seiner Presse abgebildet wird." Und weiter väterlich: „Wir behaupten immer mit Recht von uns, wir seien weder bürgerlich noch sozialistisch, sondern in unserem Sport nur Sportsleute. In Dänemark scheint man diesen Grundsatz, daß Sport nichts mit Politik zu tun hat, auch bei den Sozialdemokraten für selbstverständlich zu halten und allen ist offenbar wohl dabei. Man ist eben großzügiger als bei uns." — Wir hätten dazu nur zu sagen: Wenn unsere dänischen Genossen den auch dort unausbleiblichen Kampf im „Königreich" aufnehmen, müssen wir es ihnen schon selbst überlassen; bei uns in der deutschen Republik sind wir jedenfalls schon so weit. Herr Collosser, der „Immer-feste-druff-Mann", Mitbegründer der ehemaligen „Liga-Interessen-Gemeinschaft" und Geburtshelfer der derzeitigen „Oberliga", der selbst im Jahre 1920 nicht vor einer Spaltung im VBB. zurückschrecken wollte, wenn das rein kapitalistische System nicht vollständig gewahrt würde, ist für uns nicht der geeignete Mann, der von Neutralität im „Sport" reden darf. Ob das auch nach dem 17. Allasch, dem „Nationalgetränk" der teutschen Fußballer, verzapft worden ist? Wenn solche Leute von Neutralität und Jugendpflege schriftstellerisch reden wollen, dann haben wir keine Ursache, den „bürgerlichen Sport" um seine „Größen" zu beneiden. C. H.

Rund um den Friedrichshain.

Der verregnete Sonntag hat auch dieser Veranstaltung einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die Bürgerlichen, welche am gleichen Tage und dieselbe Strecke wie die Arbeitersportler laufen wollten, hatten große Anstrengungen gemacht, um Massen auf die Beine zu bringen, die Arbeitersportler taten desgleichen, so daß eine regelrechte Kraftprobe zwischen bürgerlichem und Arbeitersport zu erwarten war. Dieser löbliche Zweck wurde infolge des Dauerregens nun freilich nicht erreicht, aber es waren trotzdem Tausende erschienen, die den Läufen beiwohnten. Die Erfahrungen dieses Sonntags haben gezeigt, daß solche gleichzeitigen Veranstaltungen nicht empfehlenswert sind. Wäre ein schöner Sonntag gewesen, so wäre es sicher nicht ohne erhebliche Kollisionen bei dem Massenaufgebot von beiden Seiten abgegangen. Die Arbeitersportler lehnen es grundsätzlich ab, gleichzeitige Veranstaltungen mit den Bürgerlichen zu machen, ihnen dürfte schon aus diesem Grunde keine Schuld an dem Zusammentreffen der beiden Veranstaltungen beigemessen sein. Die Bürgerlichen wollen aber auch schuldlos daran sein. Infolgedessen sollte die Polizeibehörde hier requirierend eingreifen, da ihr die Läufe vorher angemeldet werden müssen. Ein Zug der Arbeitersportler kam mit der Schupo in Differenzen, und es erfolgten einige Verhaftungen.

Eine Anfrage.

Im neuesten „Mitteilungsblatt für den 1. Kreis" des Arbeiter-Turn- und Sportbundes findet sich eine offizielle Notiz des Kreisvorstandes, wonach „in Berlin und anderen Orten auf unsere Turn-, Sport- und besonders Jugendabteilungen fascistische Ueberfälle stattgefunden haben". Weiter heißt es, daß „nach dem Vorgehen des Ministers Severing im Landtage zu erwarten ist, daß die Fascistenbanden noch dreister werden wie zuvor. Bereitet euch darum vor, das Vereinseigentum zu schützen". Aehnliche Behauptungen sind auch schon in Versammlungen aufgestellt worden, in denen seitens des Kreisvorstandes referiert wurde. Wir dürfen vom Kreisvorstand wohl erwarten, daß er den Berliner Arbeitersportlern durch die Arbeiterpresse umgehend genaue Kenntnis gibt, wo, wann und bei welcher Gelegenheit diese fascistischen Ueberfälle auf Berliner Arbeitersportler stattgefunden haben. Die gesamte Berliner Arbeiterschaft wird einig zusammenstehen in der Abwehr derartiger Angriffe. Aber sie hat auch ein Recht, genaue Angaben zu verlangen, und diese Forderung ist bei der einseitigen parteipolitischen Zusammensetzung des Kreisvorstandes ganz besonders berechtigt.

Gleichzeitig wird in Arbeitersportversammlungen auch die Bildung von „proletarischen Hundertschaften" propagiert. So wurde kürzlich in einem Vorortbezirk eine Arbeitersportversammlung abgehalten, in der gar keine Gegner anwesend waren. Zum „Schutze" dieser gar nicht gefährdeten Versammlung waren zwei Hundertschaften erschienen, die in der Nacht dann laut singend durch den Ort zogen. In dem veröffentlichten Bericht heißt es: „Manch ängstliches Spießergesicht lugte durch die Scheiben und fluchte ob der unerwünschten Störung, als die Hundertschaften in Marschkolonne, das internationale Kampflied singend, durch den nächtlichen Ort heimwärts zogen." Da in diesem Ort auch tausende Arbeiter wohnen, so dürften diese über den nächtlichen Lärm auch nicht besonders erbaut gewesen sein. Diese wilden Hundertschaften sind nicht geeignet, Sympathien für den ernsten Kampf des Proletariats zu erwecken. Der Arbeitersport sollte sich daher von Aktionen fernhalten, die lediglich Aufgabe der Gesamtarbeiterschaft sind!

Kunstturnen.

An den Vorkämpfen für die Bundesmeisterschaft innerhalb des Ostdeutschen Verbandes nahmen vom 1. Kreis (Brandenburg) 6, 12. Kreis (Danzig, Königsberg) 3, 16. Kreis (Danzig) 5 teil, von denen aber 1 durch Verletzung bald ausschied. Der 15. Kreis (Pommern) hatte keine Kunstturner entsandt. Besonders anerkennenswert ist, daß die Ostpreußen auf eigene Kosten nach Berlin gefahren waren, um am Wettkampf teilzunehmen. In qualitativer Hinsicht konnten die Wettkämpfe nicht voll befriedigen. Es hat sich gezeigt, daß das Geräteturnen durch den Sport vollständig in den Hintergrund gedrängt worden ist, und daß es teilweise an der nötigen Vorübung fehlte. Teilweise wurden aber auch sehr gute Leistungen gezeigt. Die vier Besten, die nunmehr an den Endkämpfen um die Bundesmeisterschaft teilnehmen, sind von Groß-Berlin, und zwar: 1. Leuthold-Fichte 4 127 P., 2. Schneider-Neukölln 120 P., 3. Gutschow-Wedding—F. T. G. B. 119 P., 4. Wollais-Norden—F. T. G. B. 111½ P. Die Endkämpfe finden am 24. Juni in Leipzig statt. — Weitere Resultate: 5. Fischer-16. Kreis 109 P., 6. Chromick-Neukölln 105½ P., 7. Markus-16. Kreis 100 P., 8. Mandold-Fichte 4 99½ P., 9. Hünchen-16. Kreis 85½ P., 10. Häse-Danzig 74½ P., 11. Krzywinski-Danzig 68 P., 12. Krey-Danzig 61 P.

Quer durch Neukölln.

Die Arbeitersportsache bedarf in Neukölln einer unbedingt regen Propaganda. Wenn auch die Meldungen zu unserem Straßenlauf „Quer durch Neukölln" befriedigend ausgefallen sind, so hat sich die Freie Turnerschaft Neukölln-Britz doch zu einer Verlängerung des Meldetermins bis zum 28. d. M. entschlossen, um den Brudervereinen, deren Meldungen noch ausstehen, Gelegenheit zu geben, an diesem Lauf teilzunehmen. Sportgenossen und Sportgenossinnen, wir wollen am Sonntag, den 29. April, durch Massen wirken, darum melden und unterstützt unsere Veranstaltung. Ausgeschrieben sind: 1. mal 100-Meter-Staffel der Sportlerinnen, Start 2½ Uhr, 2. 3 mal 1000-Meter-Staffel der Jugendlichen, Start 2¾ Uhr, 3. Hauptstaffel der Sportler, 4200 Meter, 13 Läufer mit bestimmtem Wechsel; einzelne Strecken: 1. Läufer 300 Meter, 2. Läufer 200 Meter, 3. Läufer 400 Meter, 4. Läufer 200 Meter, 5. Läufer 300 Meter, 6. Läufer 300 Meter, 7. Läufer 800 Meter, 8. Läufer 200 Meter, 9. Läufer 400 Meter, 10. Läufer 200 Meter, 11. Läufer 400 Meter, 12. Läufer 300 Meter, 13. Läufer 200 Meter. Start 3 Uhr. 4. 6200-Meter-Einzellauf, Start 3 Uhr, anschließend 5. 6200-Meter-Gehen. Umkleidelokal: Hermannstraße 213—219, Kindl-Brauerei. Startgeld: Hauptstaffel 250 M., Staffel der Sportlerinnen 150 M., Einzelkonkurrenz 50 M. Meldungen an Alfred Behmel, Neukölln, Berteisdorfer Str. 6. Für unbedingt pünktliches Antreten ist Sorge zu tragen. Mittwoch, den 25. April, abends 8 Uhr, Kampfrichter- und Ordnerstellung im Lokal Fischer, Star-, Ecke Münchener Straße. Es muß möglich sein, jeder gemeldete Verein vertreten sein.

An alle Arbeiter-Rudervereine!

Am Sonnabend, den 30. Juni, findet im Bootshause des Rudervereins „Vorwärts", Berlin-Oberschöneweide, eine Vertreterbesprechung statt, die sich mit dem organisatorischen Aufbau des Arbeiter-Wassersports befassen soll. Zugelassen sind alle dem Arbeiter-Turn- und Sport-Bund angeschlossenen Vereine. Tagesordnung: Freitag, den 29. Juni, Begrüßung. Sonnabend Verhandlungen. Sonntag Regatta des Fr.-R.-V. Montag evtl. Fortsetzung der Verhandlungen. Die Vereine werden ersucht, mindestens einen Vertreter zu entsenden. Nichtangeschlossene Vereine als Gäste willkommen. Anmeldung mit Angabe, ob Quartier gewünscht wird, bis 15. Juni an die Adresse P. Stilgelmaier, Berlin-Stralau, Friedrich-Junge-Straße 7.

Jugendkreiskampf der Freien Schwimmer Charlottenburg, Vorwärts, Norden, Union am 20. April im Hallenbad Friedrichshain. 1. Eröffnungsst. 4 mal 2 Bhl. 1. Union 1,30⅘, 2. Vorwärts 1,28⅘, 3. Charlottenburg 1,37, 2. Brustschwimmen, 4 Bhl. 1. Willi Seifarth 56⅘, 2. Boll 57, 3. Schulz u. Karsch 1 Minute. 3. Damenrückenschwimmen, 4 Bhl. 1. Brand-Vorwärts 1,1⅘, 2. Deinert-Union 1,04, 3. Frommer-Charlottenburg 1,08. Hauptschwimmen, H. u. D., 8 Bhl. 1. Anholt-Vorwärts 1,44⅘, 2. Palmowski-Union 1,50, 3. Frank-Vorwärts 1,54⅘. 5. Knabenbrustst. 4 mal 2 Bhl. 1. Union-Vorwärts 2,02⅘, 2. Charlottenburg 2,09⅘. 6. Springen. 1. Gallwitz-Union 66 P., 2. Thielbier-Charlottenburg 55 P., 3. Frommer-Charlottenburg 48 P. 8. Mehrkampf. 1. Union I 73 P., 2. Union II 67 P., 3. Charlottenburg 60 P., 4. Vorwärts 57 P. 9. Mädchenbrustschw., 4 Bhl. 1. Deinert-Union 1,09, 2. Klein-Charlottenburg 1,13⅘, 3. Pietsch-Vorwärts 1,14. 10. Jugendlogenst. 4 mal 2 Bhl. 1. Vorwärts I 1,37½, 2. Union I 1,33, 3. Vorwärts II 1,44. 11. Wasserball Union—Vorwärts 2:1. Mannschaftspunkte: Union 22½ P., Vorwärts 15½ P., Charlottenburg 9 P.

Bezirks-Kartell 2 (Tiergarten). Ab Dienstag, den 24. April, nachmittags 4 Uhr, kann mit dem Leichtathletiktraining auf dem Hippodromplatz am Zoo begonnen werden. Die Leitung stellt bis zur endgültigen Regelung der Sportverein Moabit. Außerdem haben Fichte 4, A. S. C., S. V. Moabit je zwei erfahrene Sportgenossen zur Kontrolle und Aufsicht auf dem Platz zu stellen. Zutritt nur gegen Vorzeigen der Mitgliederausweise und -bücher. Für größte Ordnung und Disziplin sind die Vereine verantwortlich. Fußball- und Hockeyspiele sind aus bautechnischen Gründen vorläufig noch nicht gestattet. P. C. D. stellt 2 Mann ab 4 Uhr.

Die Freie Turnerschaft Neukölln-Britz veranstaltet in diesem Jahre auf eigenem Platz am 1. Mai nachmittags 3 Uhr eine eigene Maifeier. Zur Aufführung gelangen: Rackfreiübungen der Männer und Jugendlichen, Springen, Pferd-Trampolin. Sonderklasse der Knaben und Mädchen. Frauen-Singspiele. Eintritt 100 M. Erhofft wird die rege Unterstützung der Neuköllner Arbeiterschaft.

F. C. Becker 21, Lankwitz. Das neue Vereins- und Umkleidelokal ist jetzt A. Bilz, Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 118, Ecke Steglitzer Straße. Der Vorstand setzt sich jetzt zusammen: 1. Vorsitzender W. Zeuske, 2. Vorsitzender A. Welland, 1. Kassierer K. Wende, 2. Kassierer M. Dobber, 1. Schriftführer H. Rummland, 2. Schriftführer B. Krüger, Spielwart W. Rutsch, Jugendleiter A. Welland. Sämtliche Zuschriften an W. Zeuske, Lankwitz, Marienfelder Straße 16—18.

Rüstig vorwärts 13 sucht für die 1b-Mannschaft für den 29. April und für die Monate Mai und Juni Spiele auf Gegnerplatz und für ein Sonnabendspiel auch auf Gegnerplatz. Zuschriften an W. Zier, Neukölln, Johann-Huß-Straße 5.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Berlin. Außerordentliche Generalversammlung Mittwoch, den 25. April, abends 7 Uhr, Schulaula Weinmeisterstraße 15. Tagesordnung: Meißners Hof.

Touristenverein „Die Naturfreunde". Genossin Anni Anders ist am 21. April verstorben. Einäscherung am Mittwoch, den 25. April, mittags 1 Uhr, Krematorium Baumschulenweg.

17. Kreis. 117. Abt. Unser langjähriger Parteigenosse, Schriftsetzer Hugo Siedrke, Verlängerte Lessingstraße, 60 Jahre alt, ist gestorben. Die Beerdigung findet Donnerstag 2½ Uhr vom Kirchhof Boernitzstraße aus statt.

Jugendveranstaltungen.

Ortsausschuß für Jugendpflege im Bezirk Prenzlauer Berg. 3. Tag der Jugendpflegewoche. Vorträge über „Naturfreunde" Bartelmann, „Wandervogel" Struck, „Schülerbünde" Mahlenz. Aussprache und Schlußwort Bezirksjugendpfleger Blum. Die Vorträge finden im Bezirksversammlungssitzungssaal, Danziger Straße 64, statt. Anfang der Vorträge 8 Uhr. Um 7 Uhr findet die Beendigung des Kursus für rhythmische Gymnastik im Jugendheim Oderberger Straße statt.

Britz. Jugendheim Chausseestr. 48, Schulentlassungsfeier. — **Falkenberg bei Grünau.** Jugendheim Rosestraße, Vortrag: „Moral und Sitte". — **Neukölln.** Jugendheim Adolfstr. 23, Vortrag: „Als Arbeiter durch die Welt". — **Osten.** Jugendheim Große Frankfurter Str. 16, Mitgliederversammlung. — **Prenzlauer Vorstadt.** Der Abteilungsabend fällt heute aus Anlaß der Jugendpflegewoche aus. Die Mitglieder beteiligen sich an den Vorträgen des Bezirksamtes im Bezirksamt Danziger Straße 64, Sitzungssaal. Eintritt 100 M. — **Rosenthaler Vorstadt.** Jugendheim Gemeindeschule Gipsstr. 23a, Vortrag: „Die Entstehung der Religion". — **Schöneberg III, Lindenhof.** Jugendheim Schule im Lindenhof, Vortrag: „Warum sind wir Kampfjugend?"

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft flau. Fische ausreichend, Geschäft ziemlich rege. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft flott.

*

Am Dienstag galten in der Zentralmarkthalle folgende **Kleinhandelspreise:**

Rindfleisch 3000—3800 M., ohne Knochen 3900—4000 M. **Schweinefleisch** 4100—5400 M. **Kalbfleisch** 3000—4200 M. **Hammelfleisch** 3100 bis 4400 M. **Schellfisch** 900—1350 M. **Kabeljau** 1000—1400 M. **Dorsch** 550—700 M. **Grüne Heringe** 500—1200 M. **In Eis: Schleie** 2000 bis 2500 M. **Hechte** 1500—2000 M. **Plötzen** 600—1400 M. **Lebende Schleie** 4000—4400 M. **Hechte** 2000—3400 M. **Naturbutter** 8300—9200 M. **Margarine** 2900—4200 M. **Schweineschmalz** 4400—4600 M. **Eier** 330 bis 360 M. das Stück. **Maisgrieß** 750—850 M. **Buchweizengrütze** 1050 bis 1200 M. **Hafermehl** 1700 M. **Backobst:** Birnen 500—600 M., Pflaumen 1000—1600 M., Gemischtes 750—1300 M. **Weißkohl** 280 340 M. **Wirsingkohl** 350—385 M. **Spinat** 250—350 M. **Eßäpfel** 350 bis 800 M. **Kochäpfel** 300—400 M. **Zwiebeln** 95—115 M. **Kartoffeln** 320 bis 400 M. zehn Pfund.

„Versammlungssprengung" im Reichstag.

Ein mißglückter Durchpeitschungsversuch. — Die bayerische Wirtschaft auf der Anklagebank. — Das Haus beschlußunfähig.

Nachdem der Reichstag gestern die Genehmigung zur Strafverfolgung einer Reihe Abgeordneter versagt hatte, begann die zweite Beratung des Antrags der bürgerlichen Parteien betr. Abänderung des Strafgesetzbuches und in Verbindung damit des sozialdemokratischen Antrags über die Bestrafung von Beamten, die ihre Amtsbefugnisse gegen die Republik mißbrauchen. Der sozialdemokratische Antrag wurde vom Rechtsausschuß abgelehnt und der Antrag der bürgerlichen Parteien in folgender Fassung angenommen: Dem Strafgesetzbuch wird ein § 107a eingefügt, der folgende Fassung erhält: „Wer nicht verbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen verhindert oder sprengt, oder in unmittelbarem Zusammenhang mit solchen Versammlungen, Aufzügen oder Kundgebungen Gewalttätigkeiten begeht, wird mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe bis zu einer Million Mark erkannt werden kann, bestraft. Der Versuch ist strafbar." — Nach der Berichterstattung über die Ausschußverhandlungen durch den Abg. Leutheusser (Dt. Vp.) erhält das Wort

Abg. Vogel-Franken (Soz.):

Meine politischen Freunde lehnen den Gesetzentwurf aus einer ganzen Reihe zwingender Gründe ab. Mit diesem Gesetz soll vor allem eine Bewegung geschützt werden, die nur zum Teil eine legale ist, deren unterirdische Tätigkeit viel ausgedehnter ist, als es sich vielleicht die Parteien, die hinter diesem Gesetzentwurf stehen, vorstellen. Diese, dem italienischen Fascismus gleichzustellende Bewegung macht von dem gesetzlichen Vereins-, Versammlungs- und Presserecht nur Gebrauch, um eine große Anhängerschaft für den gewaltsamen Umsturz des bestehenden Staates zu gewinnen. Diese Bewegung noch durch ein besonderes Gesetz zu schützen, bedeutet, wenn auch ungewollt und in der Praxis, die Republikschutzgesetze zu sabotieren. Wir halten diesen Gesetzentwurf aber auch für überflüssig, weil der darin bedrohte Sachverhalt unter eine ganze Reihe anderer Strafbestimmungen fällt. Wenn man schon den Versuch unter Strafe stellen will — den man z. B. schon in einer zu Beginn der Versammlung stattfindenden stürmischen Geschäftsordnungsdebatte erblicken kann — so werden zahlreiche Fehlgriffe der Gerichte die Folge sein. Die geordnete Durchführung einer Versammlung ist vielfach von einer geschickten Leitung abhängig. Wie aber, wenn es in Ermangelung einer geschickten Versammlungsleitung zu einer frühzeitigen Auflösung der Versammlung kommt? Wer ist dann der Sprenger der Versammlung? So gibt es noch eine ganze Reihe anderer Fragen, die durch den unklaren Gesetzentwurf nicht geregelt werden. Ihre Beantwortung hängt in hohem Maße von der Willkür der Gerichte ab und wir befürchten auf Grund unserer Erfahrungen

insbesondere in Bayern,

daß sich diese Willkür ganz einseitig gegen die Arbeiter richten wird. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Die Deutschvölkischen haben in das Versammlungsleben eine Verwilderung hineingetragen, wie sie schlimmer nicht zu denken ist. Die bestehenden Strafbestimmungen sind immer gegen die anderen Parteien angewendet worden. **Die bayerische Regierung hat sich direkt schützend vor die deutschvölkische Bewegung gestellt, obwohl nach der Ansicht des Staatsgerichtshofes die Sturmabteilungen der nationalsozialistischen Arbeiterpartei gegen die Gesetze zum Schutze der Republik verstoßen.** Alle die Kampforganisationen der Vaterländischen Verbände bestehen nicht nur ruhig weiter, sie zeigen darüber hinaus ganz unverblümt ihre enge Verbindung mit der Reichswehr und Landespolizei. (Hört! Hört! links.) Die bayerische Regierung weiß, daß sie unter Aufsicht von Reichswehroffizieren Schießübungen auf den Schießplätzen der Reichswehr abhalten, ohne daß die Regierung bisher eingegriffen hat. (Hört! Hört! links.) Während die Nationalsozialisten ihre von militärisch organisierten und ausgebildeten Stoßtrupps geschützten Versammlungen abhalten und dort alle Mitglieder der Reichsregierung durch die Jauche ziehen können, während ihre Plakate mit dem schauderhaftesten Inhalt genehmigt werden, werden Versammlungen und Plakate der republikanischen Parteien verboten. (Lebh. Hört! Hört!) Eine Versammlung des ehemaligen Hauptmanns Dr. Schützinger wurde nach dem „Miesbacher Anzeiger" auf Betreiben der Vaterländischen Verbände verboten. Und das, obwohl die bayerische Regierung einige Wochen zuvor die Verhängung des Belagerungszustandes über Bayern damit begründet hatte, daß die Nationalsozialisten den gesetzlichen Boden verlassen hätten. Anstatt die Verfassungsverletzer beim Kragen zu nehmen, beraubt sie die Kreise um ihre Rechte, bei denen die Gefahr der Gesetzesverletzung nicht vorliegt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daß für Hitler und seine Freunde die Republikschutzgesetze in Bayern nicht existieren, beweist z. B. auch ein Artikel in Nr. 51 des „Völkischen Beobachter", der den Namen des Herrn Hitler trägt und in dem es u. a. heißt: „Ich sehe das heutige Reich weder für eine Demokratie an noch für eine Republik, sondern für einen marxistisch-jüdisch-internationalen Saustall." (Unruhe bei den Soz.) Am 10. April schrieb dasselbe Blatt nach dem Besuch des Reichskanzlers in München, der Kanzler werde in Stuttgart ebenso lächeln wie in München, „denn er hat dazu allen Grund. Unter seinem Zepter ist das Ruhrgebiet besetzt worden, werden täglich Deutsche vergewaltigt und ist das Leben deutscher Arbeiter hingemordet worden. Das sind immerhin Gründe, über die ein deutscher Reichskanzler freundlich lächeln kann." (Große Bewegung und Unruhe.) So könnte eine ganze Reihe anderer Beispiele aus der deutschvölkischen Presse angeführt werden, die zeigen,

daß das Reichskabinett in Bayern nicht den Schutz genießt, der ihm nach den bestehenden Gesetzen zukommt.

Wir ziehen aus diesen Tatsachen den Schluß, daß der vorliegende Gesetzentwurf zurückgezogen werden muß, so lange nicht die Garantie dafür geboten ist, daß auch in Bayern die Republik-Schutzgesetze gleichmäßig angewendet werden und die Versammlungsfreiheit allen Parteien in gleicher Weise gewährt wird. Herr Hitler hat in seinen Versammlungen seine Anhänger wiederholt aufgefordert, sich Notizbücher anzulegen, die mit den Namen der immunen Lumpen beginnen, in denen die Wohnungen der Juden, der November- und Erfüllungsverbrecher aufgezeichnet sind, damit am Tage des Sieges entsprechend Rache genommen werden kann. Er gab sogar die Parole aus, in diesem Kampf nicht haltzumachen vor Kardinälen und Konsistorialräten. (Lebhaftes Hört! hört!) Wollen Sie (nach rechts), wenn infolge solcher Provokationen den Arbeitern und Republikanern die Galle überläuft, und wenn die Versammlung infolge dieser Erregung und eines Eingriffes der Sturmabteilungen verhindert oder gesprengt werden, noch diese verschärften Strafbestimmungen treffen? Das kann nicht Ihre Absicht sein. Sie sollten sich nicht wundern, wenn wir auch nur auf Grund der von Ihrer Presse gemachten Mitteilungen über die Zustände in Bayern Ihrem Gesetzentwurf das allergrößte Mißtrauen entgegenbringen, weil wir befürchten, daß er sich

nur gegen die Arbeiterschaft

auswirken wird. Selbst Herr Schweyer hat im bayerischen Landtag zugegeben, daß die Sturmabteilungen der Nationalsozialisten den Versammlungsschutz in einer geradezu rigorosen, ja brutalen Weise und sehr häufig unter bedenklichen Mitteln gehandhabt, eine freie Meinungsäußerung des Gegners so gut wie gar nicht geduldet, und nicht selten mit Gewaltmitteln unterdrückt haben. Herr Schweyer sagte auch, daß alle polizeilichen Machtmittel gegen Gesetzwidrigkeiten rücksichtslos eingesetzt und die Schuldigen der Bestrafung zugeführt werden müssen. Die Tätigkeit der Sturmtrupps, die manchesmal an Landesfriedensbruch grenze, müsse mit allen Mitteln unschädlich gemacht werden. Herr Schweyer war sich auch darüber klar, daß die Bestrebungen der Nationalsozialisten eine nicht zu unterschätzende Gefahr für den Staat mit sich bringt. Aber — und jetzt kommt der Pferdefuß — „trotzdem bestehen gegen die Auflösung der Sturmtrupps und Sturmabteilungen nicht unerhebliche Bedenken". Es wurde im Landtagsausschuß beschlossen, alle Organisationen unnachsichtig zu unterdrücken, die auf Gewalttätigkeiten und Störung der öffentlichen Ordnung hinzielen. Die Nationalsozialisten kümmern sich aber den Teufel um diesen Beschluß und die Rede des Herrn Dr. Schweyer. Die Einsicht von der Gefährlichkeit dieser Organisationen kommt bei der bayerischen Volkspartei reichlich spät. Aber trotz alledem könnte mit dem Landtagsbeschluß etwas angefangen werden, wenn die bayerische Regierung nicht eine Vogelstraußpolitik betreiben würde. Unaufhörlich halten die Hitler-Leute ihre Felddienstübungen ab.

So werden Sonntag für Sonntag auf einem Exerzierplatz bei Nürnberg Schießübungen der Sturmtruppen abgehalten, zu denen die Maschinengewehre, die Gewehre und die Munition von der Reichswehr auf Autos befördert werden. (Lebhaftes Hört! hört! links.) **Dieser Tatbestand ist amtlich festgestellt worden.**

Aus leicht begreiflichen Gründen sehe ich davon ab, weitere Dinge anzuführen. (Hört! hört! links.) Wenn jemand von Ihnen oder als bayerischer Abgeordneter in Bayern diese Mitteilungen machen würde, dann würden Sie — davon dürfen Sie überzeugt sein — wegen Landesverrats gefaßt. In Bayern würden selbst die Demokraten für die Aufhebung der Immunität eintreten, wie das in den letzten Tagen meinem Parteifreund Blumtritt geschah, der lediglich Mitteilungen Berliner Blätter abdruckte, die von diesem Zusammenhang der Reichswehr mit den Sturmtrupps sprechen. (Lebhafte Entrüstungsrufe links.) **Obwohl in Bayern Gummiknüppel als verbotene Waffe gelten, hat die Leitung der Landespolizei in Nürnberg den vaterländischen Verbänden solche Gummiknüppel offeriert.** (Hört! hört! links.) An der Vergeltungsaktion der Nürnberger Nationalsozialisten nach Amberg nahmen

12 Angehörige der Nürnberger Landespolizei als Sturmtruppler

teil. (Hört! hört! links.) Die Meldung, daß der Bund „Oberland" mit der Organisierung der Notpolizei in Bayern beauftragt wurde, hat Herr Schweyer bestritten. Wir setzen diesem Dementi nach all unseren Erfahrungen starke Zweifel entgegen. Die Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfes wird nicht zur Entgiftung der politischen Atmosphäre beitragen, wenn Sie Ihren Gesetzentwurf zum Beschluß erheben, wenn Sie wegen der Unklarheit der Bestimmungen dieses Gesetzentwurfs in der Rechtsprechung der Willkür Tür und Tor öffnen, wenn Sie das Mißtrauen gegen die Justiz dadurch berechtigterweise erhöhen, und wenn Sie das Gesetz, was gar nicht Ihre Absicht zu sein braucht, was sich aber praktisch so auswirken wird, ganz einseitig gegen die Parteien der Arbeiterschaft anwenden werden. Weil wir diese Dinge voraussehen, deshalb lehnen wir den Entwurf ab. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Henning (Deutschvölk. Freiheitspartei): Wir werden dem Gesetz zustimmen, wenn es auch nicht ganz unsere Erwartungen erfüllt. Herr Severing hat behauptet, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei am 31. März habe losschlagen wollen und Roßbach dafür die Reichswehr gewinnen wollte. Ich stelle hier fest, daß das die objektive Unwahrheit ist. Der Minister hat von zentnerschwerem Material geredet, aber alles, was er anführte und was noch dazu aus Thüringen und Sachsen kam, wog noch nicht ein halbes Pfund. Bei der Zusammenkunft in Wannsee hat Roßbach — es war nur ein Bierabend — keine politische Rede gehalten, er hat nur über die von links drohenden Gefahren gesprochen. Nach dem „Vorwärts" hat Herr Severing seiner eigenen Partei den Rat gegeben, Hundertschaften zu gründen (!), bei uns aber nennt er es Hochverrat. Zustände, ärger als in Moskau, herrschen jetzt bei uns.

Der Redner wird im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wiederholt von stürmischen Zurufen der Linken unterbrochen. Abg. Ludwig (Soz.) wird zur Ordnung gerufen, weil er den Redner einen Lügner nennt. Als Abg. Henning fortfährt: Die proletarischen Hundertschaften bestehen nicht nur aus Kommunisten, sondern auch aus Sozialdemokraten und Herr Severing hält seine schützende Hand darüber, zugunsten der Franzosen, erhebt sich auf der Linken ein Entrüstungssturm und der Redner muß schließlich unter den taktmäßigen Rufen der Linken: „Abtreten, abtreten!" die Tribüne verlassen.

Bayerischer Gesandter v. Preger: Ich will dem Abg. Vogel auf das Gebiet der Einzelheiten nicht folgen, da die zuständige Stelle dafür der bayerische Landtag ist, wo die Regierung der Partei des Herrn Vogel Rede und Antwort stehen wird. (Widerspruch links.) Falsch wäre es aber, anzunehmen, daß die bayerische Regierung solchen Organisationen ruhig zusieht. Es ist aber unter Umständen besser, die nationalistische Bewegung genau so wie die kommunistische Bewegung nicht mit polizeilichen Maßnahmen zu unterdrücken, sondern sie auslaufen zu lassen, um nicht durch polizeilichen Eingriff eine vielleicht abflauende Bewegung von neuem anzufachen. Zutreffend ist, daß auch in Bayern wie im ganzen übrigen Deutschland in letzter Zeit verhältnismäßig viele Versammlungen gestört, teilweise auch gesprengt worden sind. Die Aufgabe der Polizei gegen solche Störungen ist klar, aber nicht einfach durchzuführen; es sind nicht immer rechtzeitig Polizeikräfte genug zur Verfügung. Die bayerische Regierung hat zu diesem Zweck die Polizeibehörden wiederholt mit Verhaltungsmaßregeln versehen und sie besonders angewiesen, dafür zu sorgen, daß in Versammlungen niemand bewaffnet erscheint. (Lachen links.) In Bayern besteht volle Versammlungsfreiheit. (Stürmischer Widerspruch und Unruhe links.) Daß die bayerische Regierung energisch zugreift, wenn Auswüchse zu unterdrücken sind, beweist die Verhängung des Ausnahmezustandes. (Abg. Gruber-München (Soz.): Das war doch die größte Blamage der bayerischen Regierung und die tollste Komödie!) Die Aufgabe der bayerischen Polizei gegen Versammlungssprengungen ist nicht so einfach durchzuführen. Die bayerische Regierung wird es als eine große Erleichterung betrachten, wenn der vorliegende Entwurf Gesetz würde. (Unruhe links.)

Abg. Remmele (Komm.): Noch nie ist mit schamloserer Heuchelei ein Gesetz befürwortet worden, als eben von dem Vertreter der bayerischen Regierung. (Große Unruhe rechts. — Ordnungsruf.) Es kann keine schlimmere Heuchelei geben, als wenn die bayerische Regierung behauptet, in Bayern sei die Versammlungsfreiheit gewährleistet. Kommunistische Versammlungen werden grundsätzlich verboten. Selbst geschlossene Zusammenkünfte meiner Partei werden von der Polizei vereitelt und die Teilnehmer verhaftet.

Hitler-Banden und Polizei sprengen planmäßig

alle republikanischen Versammlungen. Bei diesem Gesetz handelt es sich um nichts anderes, als daß der Widerstand der Arbeiter gegen den Fascismus gebrochen werden soll. Wenn dieses Gesetz angenommen wird, werden sich die Arbeiter um so fester gegen die Fascisten organisieren. (Beifall bei den Komm.)

Abg. Levi (Soz.):

Die Antragsteller glauben, ihrem Antrage keinen anderen Satz zufügen zu müssen, als den: So gefällt es uns, so machen wir es! (Sehr wahr! links.) Es wäre ein Gebot der politischen Vernunft, in dieser Situation wenigstens den Schein zu vermeiden, als sollten die reellen und sachlichen Gründe, die mein Parteifreund Vogel angeführt hat, nicht mehr gelten, als gelte in dieser Sache gar nichts anderes, als Ihr (nach rechts) Uebermaß an Zahl. Ich bin überzeugt, daß die Mehrheit dieses Hauses, die nicht juristisch gebildet ist und der ich deswegen gesunden Menschenverstand zutraue, unter „Gewalt" die Anwendung einer körperlichen Gewalt gegen die versteht, die Versammlungen abhalten wollen. Aus dem Begriff der Anwendung „widerrechtlicher Gewalt" hat das Reichsgericht u. a. gemacht, „daß zur Erfüllung des Tatbestandes nicht bloß eine direkte, an der Person, sondern auch eine unmittelbar an Sachen geübte, indirekt aber gegen Personen gerichtete Gewalt ausreichend sei". Das Reichsgericht geht sogar noch weiter und sagt: „Insofern die Gewalt direkt nur gegen Sachen in Wirksamkeit tritt, ist die Anwesenheit des indirekt dadurch Betroffenen nicht unbedingt erforderlich." (Lebhaftes Hört, hört! links.) Wenn also z. B. abends um 8 Uhr eine Versammlung abgehalten werden soll und nachmittags um 3 Uhr ein Schloß vor die Tür gelegt wird, so wäre das Anwendung von Gewalt gegen einen nicht anwesenden Dritten, und das soll mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu einer Million Mark belegt werden! Außerdem soll auch noch der Versuch strafbar sein. Ich sage voraus: es werden Beifalls- und Mißfallensbezeigungen, jedes laute Zischen und Stuhlrücken als Versuch zur Versammlungssprengung angesehen werden. Wenn die Bestimmung durchgeführt wird, so gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder verlaufen die Versammlungen wie die Kleinkinderschule oder sie sind überhaupt unmöglich. Dieser Gesetzentwurf, den wir mit aller Erbitterung bekämpfen, ist

ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter,

(lebhafte Zustimmung links), gegen alle, die sich nicht mit Haut und Haaren den jeweils herrschenden bürgerlichen Gewalten verschreiben. (Zuruf rechts: Das ist nicht die Absicht!) Aber die Wirkung wird es sein! Wenn Sie fragen, wo das Vertrauen der Arbeiter zur deutschen Justiz begraben ist, so sehen Sie sich den § 153 der Gewerbeordnung an: dann finden sie Grab und Sarg! Und das wollen Sie in dieser Stunde wieder einführen! Es ist kein Zufall, daß alle diese Debatten bei Bayern enden, weil es in Bayern um Leben und Sterben des Reiches geht.

In Bayern wird das Ende des Reiches bewußt, absichtlich und böswillig organisiert.

(Lebhafte Zustimmung links.) Und in die Hand einer solchen Behörde und der Gerichte, die heute in Bayern wirken, legen Sie solche Gesetzesbestimmungen! Bayern befindet sich in offener Rebellion gegen das Reich. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich frage den Reichsjustizminister: Ist es wahr, daß die bayerischen Behörden den Anweisungen auch des Reichsgerichts den Gehorsam gekündigt haben? Wie steht es damit, daß der Reichsgerichtsrat Dr. Metz Amtshandlungen in Bayern nicht vornehmen konnte? Hat der Justizminister sich verleiten lassen, die gegen das Gesetz verstoßenden Wünsche der bayerischen Regierung weiterzugeben? Gehorcht die bayerische Regierung noch den deutschen Gesetzen, dem Oberreichsanwalt? Wie ist es mit der Durchführung der Haftbefehle gegen Eckardt und Weger? Weshalb sind sie nicht durchgeführt? Wie gedenkt die Reichsregierung die Autorität des Reichsgerichtes, des Staatsgerichtshofes und des Oberreichsanwalts Geltung zu verschaffen? (Lebhaftes Sehr gut! bei den Soz.) Ist es ein menschenmöglicher Zustand, daß die in drei Vierteln des Reiches verbotene Deutschvölkische Freiheitspartei im letzten Viertel des Reiches gehätschelt und gepflegt wird? Existiert noch der § 17 des Gesetzes zum Schutze der Republik? Fühlt der Minister des Innern sich nicht verpflichtet, die Einheitlichkeit der rechtlichen Verhältnisse in Deutschland herzustellen? Ich bin überzeugt, daß die Reichsregierung die Konsequenzen nicht will, die aus ihrem Dulden gegenüber Bayern folgen müssen. Aber ich sehe die Konsequenzen und den Tag kommen, wo entschieden werden muß,

ob Bayern weiter zum Reich gehört oder nicht.

In der Arbeiterklasse Bayerns allein ist die Einheit und der Bestand des Reiches gesichert. (Zustimmung links.) Diese Kräfte wollen Sie heute zerschmettern. Sie haben den politischen Verstand, in dieser Situation der stärksten Stütze für die Einheit und den Bestand des Reiches einen Fetzen Papier hinzuwerfen, den Sie als blutige Verhöhnung durch die Reaktion empfinden. Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Soz.)

Reichsjustizminister Dr. Heinze:

Der Antrag bezweckt, das Strafgesetzbuch nach einer gewissen Richtung zu ergänzen. Dem Antrag die Gefahr beizumessen, wie der Vorredner es getan hat, dafür ist wahrhaftig kein Anlaß. (Stürmischer Widerspruch links.) Die Versammlungsfreiheit ist in einem weit höheren Maße als früher zu einem Rechtsgut geworden; unser öffentliches Leben, der Gang unserer Dinge, die Politik überhaupt beruht zum großen Teil auf den Versammlungen, auf der freien Meinungsäußerung innerhalb der Versammlungen und auf der Versammlungsfreiheit. Diese letztere ist zu einem besonderen Rechtsgut geworden. Ganz gewiß kann man zahlreiche Störungen von Versammlungen mit anderen Strafgesetzparagraphen treffen, mit den Strafen für Bedrohung, Beleidigung, Körperverletzung, Hausfriedensbruch usw. Das sind aber alles nur Spezialbestimmungen und zum großen Teil nur Antragsdelikte; damit wird nicht die jetzt von breiten Massen erhobene Forderung eines wirksameren Schutzes erfüllt. Wir können in Deutschland auf dem Boden der Demokratie nur weiterkommen, wenn die Freiheit der öffentlichen Meinung respektiert wird. (Lärm links.) Fest steht, daß in gewissen Teilen Deutschlands die Versammlungsfreiheit sehr stark bedroht ist. Einem tatsächlichen Bedürfnis wird Rechnung getragen, wenn nunmehr durch Strafandrohungen dieser Schutz herbeigeführt werden soll. Daß die Reichsregierung und das Reichsjustizministerium, soweit es in seiner Macht steht, gewillt ist, diese Gesetzesbestimmung nach Recht und Pflicht gleich unparteiisch anzuwenden, davon können Sie überzeugt sein. (Große Unruhe links.) Nun scheue ich mich durchaus nicht, auf die Fragen einzugehen, die der Abgeordnete Dr. Levi an mich namentlich bezüglich unseres Verhältnisses zu Bayern gerichtet hat. Er hat gefragt, ob Bayern und die bayerische Justiz sich überhaupt noch den Reichsgesetzen fügen. Ich kann Ihnen versichern, was darüber zwischen uns und Bayern verhandelt worden ist, hat das Licht der Oeffentlichkeit nicht zu scheuen. (Stürmischer Widerspruch und große Unruhe links.) Was die Frage betrifft, ob der Untersuchungsrichter des Reichsgerichts in Bayern Zeugen vernehmen kann, so kann ich die von mir darauf schon früher gegebene ganz klare Antwort nur wiederholen: Der Untersuchungsrichter hat verschiedene Möglichkeiten, Zeugen zu vernehmen, darunter auch die, die Gerichte des Ortes zu requirieren. Welche dieser Möglichkeiten er anwenden will, bleibt seinem Takt und Geschick überlassen, darauf hat die Justizverwaltung keinerlei Einfluß. Bestanden irgendwelche Bedenken, so war es nicht bloß das Recht, sondern die Pflicht des Reichsjustizministers, diese Bedenken durch die zuständige Stelle, d. h.

durch den Reichsanwalt dem Untersuchungsrichter zu unterbreiten,

(Stürm. Hört, hört! bei den Soz.) ob er pflichtmäßig dafür hält, diese Bedenken in Anschlag zu setzen oder nicht. Mehr ist nicht geschehen. (Erneute große Unruhe links.) Was geschehen ist, ist absolut korrekt gewesen, darüber besteht gar kein Zweifel. (Vielfache Zurufe links.) Auf die weitere Frage, ob die Haftbefehle in Bayern vollstreckt werden, kann ich nur erwidern, daß die bayerische Justizverwaltung die Versicherung abgegeben hat, daß diese Haftbefehle in Bayern vollstreckt werden. (Lärm links.) Die Verhandlungen darüber haben nicht um eine Linie die Gesetzmäßigkeit überschritten; trauen Sie mir doch nicht zu, daß ich den gesetzmäßigen Weg verlassen werde, ich, der ich als verantwortlicher Minister diesem Hause gegenüber jederzeit die Verantwortung zu tragen habe.

Die deutsche Gesinnung des preußischen Ministers Severing

ist hier angegriffen worden. Ich gehöre der preußischen Regierung nicht an, aber ich kann als Reichsminister — und glaube von der Reichsregierung legitimiert zu sein — erklären, daß, wenn die deutsche Gesinnung eines preußischen Ministers angegriffen wird, **die Reichsregierung das mit aller Bestimmtheit zurückweist.** (Beifall.)

Abg. Leicht (D. Vp.): **Zweifellos sind die Verhältnisse in Bayern außerordentlich schwierig.** Die bayerische Volkspartei hat in letzter

Zeit ganz energisch Stellung genommen gegen gewisse Bestrebungen Bayerns, gegen die man vielleicht schon früher mit größerer Entschiedenheit hätte vorgehen sollen. Das gestehe ich Ihnen (nach links) ohne weiteres zu. Diesen Standpunkt nimmt auch ein Teil meiner Parteifreunde ein. Wenn wir jetzt ein Gesetz machen zur Verhinderung des Terrors, auch in Bayern, den Sie (nach links) beklagen, so sollten Sie uns dabei unterstützen. (Sehr wahr!) Wenn Herr Levi behauptet, nur die Arbeiter in Bayern pflegten noch den Reichsgedanken, so müssen alle anderen Parteien, nicht nur die Bayerische Volkspartei, gegen diese Uebertreibung Stellung nehmen. (Lebhafter Beifall.) **Wir sind gegen die nationalistische Bewegung, weil sie letzten Endes zur Revolution treibt.** Der „Miesbacher Anzeiger" ist zu seiner Bedeutung gelangt durch Elemente, die gar nicht zu Bayern gehören. **Wir lehnen es ab, daß wir heute von einem Oesterreicher** (Rufe: Hitler!) **uns in irgendeine Revolution hineintreiben lassen,** wie wir es bedauern, daß damals von anderer Seite wir in eine Revolution hineingezogen wurden. Die Sozialdemokraten leiden doch selbst genug unter kommunistischen Versammlungssprengungen. Ich kann Sie nur bitten, im Interesse der Zukunft des Vaterlandes und der Sicherung der Versammlungsfreiheit dem Gesetz zuzustimmen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Levi** (Soz.) bedauert die Haltung des Reichsjustizministers den bayerischen Wünschen gegenüber. Es ist Aufgabe der Reichsregierung,

die Autorität des Reiches auch in Bayern aufrechtzuerhalten.

Mit den bestehenden Gesetzen kann auch in Bayern ein Gericht, das will, die Versammlungsfreiheit vollkommen wahren. Wir haben aber in Bayern Gerichte, die die Gesetze bösartig auslegen. Die Bayerische Volkspartei hätte ihre Reichstreue durch Taten beweisen sollen. Es sei kein Zufall, daß alle französischen Projekte zur Reichszersplitterung nach Bayern hinzielen. Von höchstgestellter Seite sollen auch schon gewisse Fühler nach Bayern gegangen sein. Es wäre nicht das erstemal, daß das Haus Wittelsbach eine Königskrone aus französischen Händen erhält. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Dittmann** (Soz.) beantragt Zurückverweisung an den Ausschuß.

Abg. **Schultz-Bromberg** (Dnat.) beantragt namentliche Abstimmung über den Antrag Dittmann.

Abg. **Koenen** (Komm.) und Genossen beantragen, in dem Kommissionsantrag die Worte „oder in unmittelbarem Zusammenhange mit solchen Versammlungen Aufzügen oder Kundgebungen Gewalttätigkeiten begeht", sowie die Gefängnisstrafe und die Strafbarkeit des Versuchs zu streichen.

Nach einer kurzen Erklärung des Abg. Dr. **Kahl** (D. Vp.) wird der Antrag auf Rücküberweisung an die Kommission in namentlicher Abstimmung mit 196 gegen 148 Stimmen abgelehnt.

Abg. **Schultz-Bromberg** (Dnat.) zieht seinen vorher gestellten Antrag auf Schluß der Debatte zurück.

Abg. **Dittmann** (Soz.): Um Sie vor der Abstimmung noch einmal zur Ueberlegung der Tragweite Ihres Beschlusses zu veranlassen, beantrage ich nunmehr Vertagung der Sitzung.

Die Sozialdemokraten und Kommunisten verlassen unter dem Gelächter der Mehrheit den Saal, während Abg. Dittmann nochmals die Bedenken seiner Freunde gegen den Entwurf vorbringt und die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt.

Präsident **Löbe** teilt mit, daß die Mitglieder des Bureaus über die Beschlußfähigkeit nicht einig seien und läßt nunmehr durch Hammelsprung über den Vertagungsantrag Dittmann die Frage der Beschlußfähigkeit entscheiden. — Die Sozialdemokraten und Kommunisten nahmen an dieser Abstimmung nicht teil. Die Auszählung ergibt 195 Nein-, 4 Ja-Stimmen, das Haus ist also nicht beschlußfähig.

Präsident **Löbe** beraumt um 7 Uhr eine neue Sitzung auf 7,30 Uhr an, mit der Begründung, es müßten Differenzen über die morgige Tagesordung ausgeglichen werden. Zu diesem Zweck solle auch der Aeltestenrat sofort zusammentreten.

Eine neue Sitzung.

Nach ½8 Uhr eröffnet Präsident Löbe die Sitzung mit der Bemerkung, daß es sich nur darum handle, die Tagesordnung für morgen festzusetzen, und schlägt vor, als ersten Punkt der Tagesordnung die Frage der Versammlungssprengungen zu bestimmen und daneben außer kleineren Vorlagen und verschiedenen Anträgen, darunter einen Antrag der Kommunisten auf Freigabe des Königsplatzes für Maifeierdemonstrationen, die Fortsetzung der Beratung des Haushalts für das Reichswirtschaftsministerium auf die Tagesordnung zu setzen.

Inzwischen ist bekanntgeworden, daß im Aeltestenrat eine Einigung unter den Parteien über die durch die Beschlußunfähigkeit geschaffene Situation nicht zustande gekommen ist.

Abg. **Müller-Franken** (Soz.) erklärt, nachdem es heute nicht gelungen sei, durch die Anwesenheit der Anhänger der Bestrafung der Versammlungsstörungen dieses Gesetz zustandezubringen, werde es auch morgen nicht möglich sein. Es lägen aber andere Dinge vor, die morgen unbedingt erledigt werden müßten. (Lachen rechts. Rufe recht: Das hängt von Ihnen ab!) Er schlage deshalb vor, den Versammlungsschutz nicht an die erste, sondern an die achte oder neunte Stelle der Tagesordnung zu setzen.

Der Antrag wird abgelehnt, es bleibt also bei der vom Präsidenten vorgeschlagenen Reihenfolge der Tagesordnung.

Schluß 8,35 Uhr.

Wirtschaft

Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Im Berichtsjahr 1922 (das Geschäftsjahr der allermeisten berichtenden Konsumgenossenschaften schließt bereits am 30. Juni ab) ist die Zahl der dem Zentralverband angeschlossenen Konsumgenossenschaften von 1337 auf 1350 gestiegen. Die Zahl der Mitglieder der 1300 berichtenden Konsumgenossenschaften stieg von 2 834 000 auf 3 162 000. Die berichtenden Konsumgenossenschaften betrieben 384 Zentrallager, gegen 330 im Vorjahre. Auch hinsichtlich der Verteilungsstellen ist eine starke Zunahme von 7456 auf 8066 zu verzeichnen.

Der Umsatz der berichtenden Konsumgenossenschaften betrug 13 889 Millionen Mark, gegen 5 183 Millionen Mark im Vorjahr. Auf die Eigenproduktion entfielen 2265 Millionen Mark, gegen 737 Millionen Mark im Vorjahre. Die Zahl der in der Güterverteilung beschäftigten Personen ist insgesamt um 15,4 Proz. und der in der Güterherstellung beschäftigten Personen um 19,1 Proz. gestiegen. Der Pensionskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gehörten 9475 genossenschaftliche Angestellte und Arbeiter an, gegen 8543 im Vorjahre.

Der Betrag der Geschäftslasten betrug 1621 Millionen Mark oder 11,67 Proz. des Umsatzes, gegen 561 Millionen Mark oder 10,83 Proz. des Umsatzes im Vorjahr. Es ist somit eine weitere Belastung um 0,84 Proz. eingetreten. Das eigene Kapital der Konsumgenossenschaften, bestehend aus Geschäftsguthaben der Mitglieder und Reserven, ist das natürliche Betriebskapital der Konsumgenossenschaften. Es soll also ausreichend groß sein, um den Betrieb ordnungsmäßig zu führen. Die Geldentwertung hat das Verhältnis des eigenen Kapitals zu dem für den Betrieb benötigten Kapital außerordentlich ungünstig beeinflußt. Die Geschäftsguthaben der Mitglieder erfuhren eine Zunahme von 150 Millionen Mark auf 348 Millionen Mark; das ist, im Verhältnis zum Umsatz, ein Rückgang von 2,90 Proz. auf 2, 51 Proz. Die Spareinlagen, die jetzt leider fast restlos als Betriebskapital in Anspruch genommen werden, erreichten im Berichtsjahre die Höhe von 942 Millionen Mark oder 6,78 Proz. des Umsatzes, gegen 567 Millionen Mark oder 10,95 Proz. des Umsatzes im Vorjahr. Im Jahre 1914 standen die Spareinlagen auf 79 Millionen Goldmark oder 16,26 Proz. des Umsatzes. Der Mangel an Betriebskapital kommt zum Teil in der Verminderung des flüssigen Vermögens, zum Teil auch in dem verhältnismäßig starken Anwachsen der Lieferantenschulden zum Ausdruck, ein Zustand, der wieder überwunden werden muß, um die volle Leistungsfähigkeit der Konsumgenossenschaften beim Wareneinkaufe wieder herzustellen.

Ein sehr starker Aktivposten in der konsumgenossenschaftlichen Bilanz sind Sachwerte. Der Grundbesitz stand mit 205 Millionen Mark oder 1,48 Proz. des Umsatzes und die Geschäftseinrichtungen und Maschinen standen mit 49 Millionen Mark oder 0,35 Proz. des Umsatzes zu Buch. Die Zahlen lassen erkennen, daß unsere Konsumgenossenschaften in ihren Sachwerten sehr starke innere Reserven haben.

Das Rabattguthaben der Mitglieder stellt sich auf 374 Millionen Mark und der Reinertrag auf 289 Millionen Mark. Ueberweisungen von Rabattguthaben auf Geschäftsguthaben und Reinertrag zusammen ergaben die Summe von 702 Millionen Mark oder 5,05 Proz. des Umsatzes. Die Rückvergütung auf den Umsatz betrug 130 Millionen Mark oder 0,93 Proz. des Umsatzes, wozu der bereits erwähnte Rabatt von 374 Millionen Mark oder 2,69 Proz. des Umsatzes hinzuzurechnen ist. Den ordentlichen Reserven wurden 75 Mill. Mark oder 0,54 Proz., den Spezialreserven 61 Millionen Mark oder 0,44 Proz. überwiesen und für Volksbildungs-, gemeinnützige und wohltätige Zwecke 13 Millionen Mark oder 0,10 Proz. des Umsatzes aufgewendet.

Im Bilde über die konsumgenossenschaftliche Entwicklung des Berichtsjahres 1922 sind zweifellos noch Lichtpunkte vorhanden. Aber auch die Schatten werden dunkler, und das laufende Jahr müßte ein viel trüberes Bild geben, wenn nicht mit größerer Energie auf die Beschaffung eines ausreichenden Betriebskapitals durch Erhöhung des Geschäftsanteils und durch rasche Einziehung der erhöhten Geschäftsanteile Gewicht gelegt wird.

Devisenkurse. Unserer gestrigen amtlichen Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 finnische Mark 853,86 Geld, 858,14 Brief; 1 japanischer Yen 13 940,06 Geld, 14 009,94 Brief; 1 brasilianischer Milreis 3268,81 Geld, 3283,19 Brief; 1 Schweizer Frank 5496,22 Geld, 5523,78 Brief; 1 spanische Peseta 4638,37 Geld, 4661,63 Brief; 100 österr. Kronen 42,84 Geld, 43,06 Brief; 1 ungarische Krone 5,61 Geld, 5,65 Brief; 1 bulgarische Lewa 224,43 Geld, 225,57 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 306,23 Geld, 307,77 Brief. — 1 polnische Mark kostete im freien Verkehr etwa 60 Pf.

Wetter bis Donnerstag mittag. Vielfach heiter und in den Tagesstunden ziemlich mild, aber noch unbeständig und im Nordosten an vielen Stellen leichte Regen- und Graupelschauer.

Poradh's Kinder- und Krankennahrung
für den Säugling ärztlich empfohlen

DUNLOP CORD
Im Gebrauch die billigste Bereifung
Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Filiale Groß-Berlin :: N 24, Johannisstraße 14/15.
Freitag, den 27. April 1923, abends 6 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25
Ordentl. General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Bericht vom 1. Quartal: a) Geschäftsbericht, b) Kassenbericht, c) Bericht der Revisoren.
2. Ersatzwahlen: a) zur Ortsverwaltung, b) der Revisoren zum Hauptvorstand.
3. Verbandsangelegenheiten. 36/6
Wir ersuchen um vollzähliges und pünktliches Erscheinen. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches und der Delegiertenkarte. Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung
Für den Fall, daß eine Aenderung des Gaspreises von der im Mai 1923 stattfindenden laufenden Gasmesserstandaufnahme an erforderlich werden sollte, kündigen wir hierdurch vorsorglich den zurzeit gültigen Gaspreis und werden den neuen demnächst bekanntgeben.
Berlin, den 25. April 1923.
Gasbetriebsgesellschaft, Aktiengesellschaft.
Der Vorstand: E. Körting.

Die Firma „Freie Presse, Verlagsbuchhandlung und Druckerei, Gesellschaft mit beschränkter Haftung", mit dem Sitze in Erfurt ist durch Beschluß der Gesellschafter-Versammlung vom 5. April 1923 aufgelöst. Liquidatoren sind Buchdrucker und Geschäftsführer A. Schröder, Erfurt, Adalbertstraße 19, und Geschäftsführer H. Bimberg, Erfurt, Leopoldstraße 11. Forderungen sind an diese einzureichen. 185/11*

Geschlechtsleidende!
Heilung ohne Quecksilber, ohne gift. Einspritzung, ohne Berufsstör.; aufkl. Broschüre m. taus. freiwill Dankschr. über 1) Harnröhrenleid. (Ausfluß), 2) Syphilis, 3) Manneschwäche, 4) Weißfluß, kostenl. i. verschl. Briefumschl. ohne Aufdruck, geg. Einsendung v. Mk. 300.- für Porto etc. — Leiden genau angeben! —
Dr. med. H. Seemann, G. m. b. H. Berlin II, Lietzmannstr. 22

Tüchtiges Haus- u. Wirtschaftspersonal meldet sich sofort auf eine Kleine Anzeige im „Vorwärts"

Alte Gebisse auch zerbrochene
pro Zahn 3500, 4000 bis 80 000 Mark Gold-, Dublee-, Silberbruch kauft zum Tageskurs Zahn-Ankaufsstelle
B. Zymelski, Waldenburger Str. 32

Autoblender, Marhoff, neu, verkauft preiswert Griffel, Berlin O 112, Kronprinzenstraße 8, I.

Marken-Zigaretten billigst bei Arno Gessner & Co., Paulstr. 34 Tel.: Moabit 2114

Zur Verlobung
Fugenlose **Trauringe**
Duk.-Gold 900 gest. v. 25000 M. an
einfache Trauringe, gest., von 6000 M. an. Fast alle Preislagen am Lager. Namen u. Etui umsonst. Umarbeitungen und Anfertigungen von Trauringen bei Goldzugabe in 24 Stunden
Garantieschein für gesetzl. Goldgehalt!
Trauringfabrik Albert Thal & Co., C 19, Seydelstraße 5 (Spittelmarkt)

Wohnungstausch in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im
Groß-Berliner **Wohnungsanzeiger**
als einzige Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen
Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten" werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht.
Verbund. mit d. „Gr.-Berliner Wohnungsanzeiger" ist der
Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe
Bei allen Zeitungshändlern und Kiosken zu haben.
Verlag und Hauptanzeigenannahme:
Zeitungszentrale (ZZ.) Aktiengesellschaft
Jerusalemer Str. 5/6 :: Fernsprecher: Dönhoff 3110-3312

Verkäufe

Kredit-Kauf. Künstler-Gardinen, Madras, Stores, Bettdecken, Tisch- und Chaiselonguedecken, große Auswahl, aparte Muster, bequeme Teilzahlung. Elsässer Straße 44, I, Oranienburger Tor.

Teppiche, herrliche Persermuster, Diwandecken, Brücken billige Gelegenheit. Reschke, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 5 III. 181/17*

Handwagen, Leiterwagen, Kastenwagen preiswert. Auswahl. Wagner, Köpenickerstraße nur 71, Hof. *

Kinderwagen, Klappsportwagen, Kinderbrahtbettstellen, Kinderstühle, neue und gebrauchte, verkauft Schwarzmann, Kottbuserdamm 93. *

Bettwäsche. Diese Woche noch günstigste Angebote. Deckbettbezüge 16 500.—, 22 500.—, 24 500.—. Bettlaken 10 500.—, federdichte Inletts 25 000.— an. Prima Ueberschlaglaken 29 400.—, Paradekissen, Hemdentuche, Linon, Damast, Dimitt, Lakenstoffe, Tischtücher, Handtücher, nur beste Qualitäten, enorm billig. Riesenauswahl. Fachmännische, zuvorkommende Bedienung. Kauferleichterung durch Anzahlung. Stumpe u. Jäger, Größte Bettwäsche-Spezialfabrik, Kottbuserdamm dreiundsiebzig, Landsbergerstraße achtundachtzig, Dresdenerstraße dreiunddreißig, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße siebenunddreißig.

Bekleidung

Große Vorteile in neuen sowie wenig getragenen Jackettanzügen, Paletots, Schlüpfern und Gummimänteln bietet Ebners Monatsgarderobenhaus, Brunnenstraße 41, am Rosenthaler Tor. Auch Verleih von Gesellschaftsanzügen. *

Monatsanzüge, Sommerpaletots zu staunend billigen Preisen. Nah, Gormannstraße 25/26, früher Mulackstraße.

Versuch macht klug! „Leihhaus" Brunnenstraße 5. Firma achten! Täglich großer Verkauf maßmäßig hergestellter Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Hosen. Riesen-Auswahl. Pelzwaren: Pelzpelze, Sportpelze konkurrenzlos billig! Keine Lombardware. *

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft elegante Herrenanzüge, Covercoats, Schlüpfer, Gummimäntel, Hosen, Sportpelze, Gehpelze, Katzenjacken, Sealmäntel, Kreuzfüchse, Graufüchse, Blaufüchse, Wölfe zu enorm billigen Preisen. Keine Lombardware. *

Pelzwaren 50 Prozent herabgesetzt! Kreuzfüchse, Wölfe, Weißfüchse, Pelzmäntel, Katzenjacken, Sportpelze, Gehpelze, ferner Herrenanzüge, Schlüpfer, Kostüme, Mäntel verkauft Leihhaus Moritzplatz 58a. Keine Lombardware. *

Damenpelzwaren, Herrenpelzwaren enorm hohe Rabattabzüge. Neuwaren. Viele Gelegenheiten. Pelzwarenwegner, Potsdamerstraße 43.

Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203—204, Ecke Rosenthalerstraße, verkauft Anzüge 45 000.—, Sommerschlüpfer 75 000.—, Gummimäntel 61 000.—, Kreuzfüchse 17 000.—, Alaskafüchse, Wölfe. Alle Waren hälfte herabgesetzt. Keine Lombardware. *

Garten :: Laube :: Balkon

Drahtgeflechte billigst. Knoth, Grüner Weg 11. *

Abessinierpumpen, und Ersatzteile, Flügelpumpen, Erdbohrer leihweise, Brim, Pumpenfabrik, Grüner Weg 2. *

Abessinierpumpen, Ersatzteile, Erdbohrer billig. Pumpenfabrik, Gartenstraße 78. *

Drahtgeflechte, komplette Drahtzäune preiswert. Lichtenberger Drahtzaun- und Gitterfabrik, Lichtenberg, Siegfriedstraße 2. Lichtenberg 3456. *

Gartenschläuche, Strahlrohre, Gartenbühne liefert billigst „Fatra", Linienstraße 66. *

Möbel

Möbel, Polsterwaren; Kasse, Teilzahlung. S. Grau, Friedrichstr. 7. *

Metallbetten 30 000.—, Chaiselongues 40 000.—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderdrahtbett. Meicke, Auguststraße 32a, Quergebäude *

Patentmatratzen 48 000.—, Auflegmatratzen, Chaiselongues, Metallbetten, Walter, Stargarderstraße achtzehn. *

Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7, offeriert Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Klubgarnituren, Küchen usw. Große Auswahl. Besuch lohnend. Auf Wunsch Zahlungserleichterung. *

Möbel (auch Teilzahlung), komplette Zimmer, Einzelmöbel, Metallbetten Wenger, Marsiliusstr. 8 (Alexanderplatz). *

Gelegenheit. Kleiderschrank 25 500.—, Vertiko 21 400.—, Umbaue, Büfett 89 500.—, Trumeaus, Schreibtisch 77 500.—, Waschtoiletten 18 000.—, Flurgarderoben, Speisezimmer, große Auswahl in Einzelstücken, Plüschsofa 39 500.—, Küche 41 500.—, Chaiselongue 44 800.—, Bettstellen verkauft Gottlieb, Allgemerstraße 13, Bahnhof Gesundbrunnen. Versand auch nach außerhalb. Lieferung frei Haus. Bei Kauf Fahrtvergütung. *

Teilzahlung. Schlafzimmer, Speise-, Herrenzimmer, farbige Küchen, Einzelmöbel, Riesenauswahl, bei kleinster An- und Abzahlung, bis 25 Prozent Rabatt, kostenlose Lagerung, verkauft Möbel-Lohn, Große Frankfurter Straße 55 (5 Minuten vom Alexanderplatz), Badstraße 47—48 (5 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen). *

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 35. *

Fahrräder

Görickeräder, Brennaborräder, Weltfahrräder beispiellos preiswert. Schlawe, Weinmeisterstraße vier. *

Fahrradgummi, Fahrräder. Wiederverkäufer-Bezugsquelle. Schlawe, Weinmeisterstraße vier. *

Werkslampen 59 500.—. Schlawe, Weinmeisterstraße vier. *

Damenfahrräder 295 000.—. Schlawe, Weinmeisterstraße vier. *

Kaufgesuche

AOK-Zinnschmelze kauft Altzinn, Geschirrzinn, Weichblei und sämtliche Metalle. Andreasstraße 40. *

Perser und deutsche Teppiche kauft höchstzahlend Reschke, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 5. Tel. Neukölln 9123. *

Kaufe alle Arten Säcke, Packleinwand, Roßhaare, Filter. Swinemünderstraße 7, Humboldt 489. *

Pianos, Flügel kauft zu höchsten Tagespreisen Pianomagazin, Barbarossaplatz 2, Nollendorf 5397. *

Schallplatten, Stück bis 1000.—, Alte 2000.—, Plattentausch, zahlt Weseloh, Friedrichstraße 3. *

Säcke kauft Holzkamm, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 42. *

Felleinkauf. Suche dringend Schafwolle, Roßhaare, Fickel bis 5000.—, Hasen 4000.— Mark. Woldenbergerstraße 2, zwei Minuten vom Bahnhof Weißensee, Alexander 1857. *

Nähgarnankauf, Kurzwaren, Wäsche. Schön, Kottbuser Ufer 8a. *

Metallschmelze, Neanderstraße 35 (nur im Laden), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, sämtliche Metalle. *

Fahrradankauf, höchstzahlend. Gitschinerstraße 78. *

Säckeinkauf, Emballage, Zwirn, Plane. Neukölln, Fuldastr. 25. *

Zahngebisse bis 750 000.—, Platinabfälle, Silberbruch, Quecksilber, Altmetalle, Schlesischestraße 39 (Hochbahnstation), sowie Köpenickerstraße 39 (nahe Adalbertstraße), „Goldschmelze Christian". Fahrtvergütung! *

Sektkorke, Weinkorke, Stanniol kauft Brand, Linienstr. 201a (Rosenthalertor). *

Möbeleinkauf, Wirtschaften, Nachlässe, Klaviere, Teppiche, Einzelmöbel, Küchen, Woldenbergerstr. 2, Alexander 1857. *

Säcke jeder Art, neu und gebraucht, kauft laufend Traddäus Lehmann, Brunnenstr. 162, Humboldt 444 u. 2011. *

Pianos kauft Karfiol, Dresdenerstr. 34, Moritzplatz 126 45. 80/15*

Schmirgelleinen, Kugellager, Werkzeuge kauft Werkzeughandlung, Köpenickerstr. 98. *

Autozubehör

Boschzündkerzen, alte und neue, kauft zu Höchstpreisen Zeidler, Gartenplatz 5. *

Zündkerzen, Glühbirnen kauft Rösler, Friedrichsgracht 5—6. *

Werkzeuge u. Maschinen

Motor, Schellack, Leim, Tischlerwerkzeug, Tischlereimaschinen kauft Ernst, Oranienstr. 166, III. *

Kugellager kauft höchstzahlend Eldenaerstraße 9 (Ringbahnhof Landsberger-allee). *

Kugellager, Magnete, Vergaser, Zündkerzen kauft höchstzahlend Pilz, Reinickendorferstraße 93, Hof parterre. *

Kugellager höchstzahlend Eberinstr. 46, Laden. 80/14*

Unterricht

Heinrich Mauerers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz, Eingang Königsgraben. Fernsprecher Königstadt 589.

Kaufmännische Privatschule Ludwig Rösner, Inhaber Ernst Rösner, Neue Promenade 3, Börsebahnhof, Jahreslehrgänge, Halbjahreslehrgänge, Sonderlehrgänge für Schüler höherer Lehranstalten, Privatzirkel, Vierteljahreslehrgänge in Buchführung, Rechnen, Schönschreiben, Stenographie, Maschinenschreiben, Schönschreiben, Deutsch, Englisch, Französisch.

Verschiedenes

Vertrauensvolle Auskunft, gewissenhaft Frau Chm. Hebamme a. D., Stargarderstraße 75 (Schönhauser Allee). *

Mietssachen vertritt früherer Vorsitzender des Mietseinigungsamts, schwierigste Fälle, Lothringer Str. 47, Nürnberger Straße 8. *

Spezialist für Wohnungsmietrecht (Räumung, Beschlagnahme, Zwangsvertrag), Gerichtstraße 31 (Nettelbeckplatz). Sprechstunden 4—6. *

Detektivbureau Stachel, Chausseestraße 77, Fernsprecher Norden 7886, Beobachtungen, Ermittlungen, Auskünfte allerorts. *

Geldverkehr

Sofort Geld, Ratenrückzahlung, durch Pügner, Große Frankfurterstraße 141. *

Arbeitsmarkt

Stellengesuche

Geeignetes Arbeitsfeld wird von praktisch und theoretisch geschultem Parteigenossen (28 Jahre alt, verheiratet) gesucht. Neben gediegenen Kenntnissen des Rechts und der Wirtschaft besondere Eignung für Aufgaben sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Natur. Gewandter Referent. Geschäftsführer, Organisator; in der freien Gewerkschaftsbewegung tätig gewesen. Ausbildung: Kunstgewerbeschule, Staatliche Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung. Politischer Verhältnisse wegen bis auf weiteres beim Arbeitsamt bescheidener Großstadt tätig. Angebote unter B. 60 an die Hauptexpedition „Vorwärts". 80/8

Stellenangebote

Putzmacherinnen, mehrere erste für Leder- und Fantasiehüte, suchen bei dauernder Stellung Mertes u. Co., Lindenstraße 35. 104/4*

Einige tüchtige, **kräftige Arbeiter** die nachweislich in Tiegel-Giessereien oder -Schmelzereien tätig gewesen, und mit Graffit-Schmelztiegeln umzugehen wissen, für Werk in Velten sofort gesucht. Offerten unter F 60 an die Hauptexpedition des Vorwärts.

Vorwärts'-Austrägerinnen werden sofort eingestellt
Berlin, Wilhelmshavener Str. 48.
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-St. 13

Stellenangebote finden im Vorwärts beste Beachtung!

Meister f. Wickelei u. Kollektorbau
der Kleinmotorenfabrikation zum baldigen Eintritt.
Metallwerk Fr. H. Zschauer, Berlin S. 14
Neue Jakobstraße 18.